INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 2,50 DM

2 DM

Seoul

Algier



Santiago de Chile

129 a -
Widerstand und Repression

DEN SIEG BEGREIFEN LERNEN

Nachfolgediskussion zu den IWF-Aktionstagen

Nr. 24

14. Oktober 1988

LIEBE INTERIM-GEMEINDE

Diese Ausgabe steht weiterhin im Zeichen der Nach-IWF- Reflexionen. Die verspätet eintreffenden BekennerInnen-Schreiben - sei es, zum Verkleben eines Spuckis, sei es zum Besprühen einer Hauswand - ebben allmählich ab. Dafür nehmen die Einschätzungen der Aktionstage zu; der Ton wandelt sich langsam, von der Euphorie der ersten Tage zu größerer Nachdenklichkeit über das, was weiter daraus folgt.

Im übrigen ist unser Blick nach vorn gerichtet: Das Titelblatt zeigt, die weltweiten Kämpfe gehen weiter, auch wenn wir jetzt erst mal Urlaub machen. Algerien, Chile, Südkorea, Palästina, Jugoslawien... Bei der Bearbeitung der Nachrichten haben wir mal wieder gemerkt, wie wenig wir über die "inneren Beweggründe" in den Ländern überhaupt rauskriegen können. Aus den spärlichen und teils verzerrten Darstellungen der Agenturen noch die für uns wichtigen Informationen rauszufiltern, grenzt schon an Kaffeesatz-Leserei.

Noch mal was zu dem Thema: Einmischung der Redaktion bei der Weitergabe von Papieren oder Artikeln, mit denen wir nicht einverstanden sind. Auf der einen Seite fällt es uns oft schwer, Sachen unkommentiert abzudrucken, wenn wir sie grundsätzlich wichtig, aber falsch finden. Auf der anderen Seite wollen wir die Möglichkeit, den LeserInnen gleichzeiutig mit einem Artikel auch unsere Meinung dazu auf die Nase zu binden, nicht überstrapazieren. In einem Fall haben wir das in diesem Heft gemacht, als Kommentierung zur Sprache von zwei Erklärungen (siehe "Volkssport") in einem anderen Fall (Männerkiezküche) haben wir es uns verkniffen, in einem dritten Fall im letzten Heft (Erklärung zur Verhaftung von Hans aus Holland) haben wir es versäumt. Da hätten wir eine redaktionelle Bemerkung wichtig gefunden. Wir holen sie in diesem Heft nach (siehe Repressionsteil)

Leider sind unsere Kontakte zur Szene in der Hauptstadt der DDR in den letzten Wochen etwas abgerissen. Wir bitten also verschärft darum, daß Menschen, die hier in Westberlin an die neusten Ausgaben der DDR-Untergrundpresse ("Umweltschutzblätter", "Friedrichsfelder Feuermelder" oder z.B. "Morning Star", etc.) rankommen, uns Fotokopien der Ausgaben zuzuschicken. Auch sind wir sehr an sonstigen Berichten und Meldungen aus dem ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat interessiert. Auch sonst lautet unsere Adresse für alles:

INTERIM

GNEISENAUSTR. 2a

1000 BERLIN 61

Nachfolgediskussion zu den IWF-Aktionstagen

DEN SIEG BEGREIFEN LERNEN



KOMMENTAR KOMMENTAR

Kampagne gegen IWF und Weltbank

Kongress nicht verhindert - und dennoch gewonnen

Die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank hat im ICC in Westberlin stattgefunden. Wir haben ihn *nicht* verhindert. Aber wir, damit meine ich die gesamte Linke in Westberlin, waren in dieser Phase der Kampagne, die ja schon seit zwei Jahren läuft, dennoch beinahe unglaublich erfolgreich.

Es geht hier nicht um eine Lobhudelei auf die Autonomen, nur wenig um Rechthaberei, mehr um den Versuch einer Einschätzung der Aktionstage.

Nun hatten sich ja schon - offenbar - Berufenere in der taz geäußert, die Autonomen "haben einen 2:1 Sieg errungen, der aber nicht weh tut." Erfreulich ist, daß auch D.B. in der taz die Aktionen gegen die Jahrestagung als Erfolg wertet. Nur ein Sieg war es für uns alle, die aktiv gewesen sind, und er hat den Herrschenden, den Bullenschergen und Counterstrategen sicher sehr weh getan.

Das Wichtigste: während der Aktionstage hat es die gegenseitige Anpisserei, die Abgrenzerei, die Frage, wer das richtige Widerstandskonzept hat, (u.s.w.) nicht gegeben. Autonome, Leute aus sogenannten Soligruppen, die AL, Grüne, Friedensmenschen, Kirchenmenschen haben dazu beigetragen, daß zu einem guten Teil das Konzept aufgegangen ist: ihnen die Prestigetagung gründlich zu vermasseln, die Stadt (beinahe) unregierbar zu machen.

Allen ins Stammbuch, die immer wieder davon gelabert haben, daß man doch nicht die Weltwirtschaftsordnung mit einem Sturm aufs ICC ändern könne, die fanden, die Parole *"Verhindern wir den Kongress"* sei immer schon lächerlich gewesen,: liebe Andersdenkende, *Verhindern* war für uns k e i n militärisches Problem. Ein solches bestand nur für die Bullen. *Verhindern* war die Vielzahl der Aktionen an etlichen Punkten, in verschiedenen Formen, mit unterschiedlichen Leuten, zu allen Zeiten der Tagung. Wir waren an diesem tatsächlichen *VERHINDERN* verdammt nahe dran.

Wir Autonome mußten gerade in diesen Aktionstagen lernen, wie blödsinning es gewesen war, die *Reformer* abzutun, als Leute, mit denen wir *nie* etwas zu tun haben wollten, weil sie einfach für uns Revolutionäre zu wenig revolutionär sind. Die Aktionstage, ursprünglich *die* Idee der Autonomen in der Widerstandsplanung gegen den Kongress der Schweine, wurden zu einem großen Teil getragen von *den Reformern.* Nicht daß nur diese auf der Starße waren, keineswegs, aber gerade Aktionen, wie die zahlreichen des Büros für ungewöhnliche Maßnahmen brachten immer wieder viele Leute auf die Beine, und initierten damit mittelbar oder/und unmittelbar weitere Straßenaktionen in der City. Als die Frauen in der Wilmersdorferstr. eingekesselt wurden, organisierten Leute aus diesem Spektrum spontan eine Unterstützungsdemo, die ja in der Tat die Festnahme von zahlreichen weiteren Frauen verhinderte.

Die Fahraddemo des Stadtspiels der Mittelamerika-Soligruppen - vorher wiederholt von etlichen Autonomen als die doofen Caritas-Helfer abgetan - war mit das Schärfste, was während der Aktionstage lief. Mit ein wenig mehr Mut wäre es diesen Leuten gelungen, direkt ins ICC zu fahren, und damit sämtliche Sicherheitskonzeptionen der Bullen ganz einfach über den Haufen zu schmeißen.

Daß es ALer waren, die ne Aktion vor Adler geplant hatten, zeigt, daß auch dort Leute Internationalismus *praktizieren* wollen.

Und eben diese Reformer - ich will hier überhaupt nicht die ideologischen, die strategischen Unterschiede im Politikverständnis vertuschen - haben begreifen müssen, daß a) sehr viel mehr möglich und effektiv wünschenswert war, als nur ein theoretischer Gegenkongress, und b) der so oft von ihnen geschmähte praktische Widerstand auf der Straße das Phantasievollste und Wirksamste in diesen Tagen war. Die Linken in der AL werden es den Automomen, den Linksradikalen überhaupt, danken, in ihrem Wahlkampf, und ihren Auseinandersetzungen mit den Rechten Realos.

Das andere Wichtigste: es hat an allen Tagen des Widerstandes gegen die Jahrestagung Aktionen gegeben, die vom Trompete-blasen bis zu Anschlägen reichten. Der Widerstand hat eine wirklich erstaunliche Vielfalt gezeigt, von der wir nur hoffen können, daß sie weiter entwickelt wird. Daß diese Tatsache fast ausschließlich im Tagesspiegel und im Volksblatt immer wieder erwähnt wurde, macht einen großen Mangel der Berichterstattung von taz und Zahltag sichtbar, zeigt, wie die Schere im Kopf funktioniert.

Warum der Kongress nicht verhindert wurde

Weil wir wußten, daß ein *Verhindern* militärisch nie zu erreichen sein würde, hatten wir frühzeitig vorgeschlagen, Massenaktionen in überschaubaren Gruppen zu organisieren, die die Stadt und ihre HERRscher an Punkten treffen könnten, an denen die Bullen aufgrund ihrer Einsatzstrategie nicht würden agieren können: in den Stadtteilen, und/oder dort, wo es nicht so ohne weiteres zu erwarten gewesen war. Also, wenn der Aktionstag gegen die *Frauenarbeit* auch Aktionen gegen Kaufhäuser einschloß, warum nicht dann auch Kaufhäuser in Tegel besuchen.

Die Demo am Gesundbrunnen war ein Ansatz in diese Richtung. Die
..ausende von Gästen, die in der City rumfuhren/liefen, sie waren
nicht zu bewachen, wenn sie ihre Hotels oder das ICC verlassen hat-
ten. Das war eigentlich spätesens am Montagnachmittag klar. Sie - or-
ganisierte Gruppen wären dazu nötig gewesen - hätten gestört, belä-
stigt, beunruhigt werden können. Eine solches Vorgehen massen-
haft, hätte mit ziemlicher Sicherheit zur Abreise, zum Einschluß im
Hotel, in jedem Fall aber zu einer Störung geführt, die nicht hätte
übergangen werden können. Die Banker hätten Bullenschutz ange-
fordert, und die Bullen hätten ablehnen müssen, weil sie überfordert
waren, (wie mit dem südkoreanischen Finanzchef ja tatsächlich pas-
siert) oder sie hätten ihr gesamtes Einsatzkonzept ändern müssen,
das hätte zu noch mehr Chaos geführt.
Die Stadt war in diesen Tagen unregierbar, besser: sie wurde gar
nicht regiert, es ging ausschließlich um drei strategische Ziele, die
schnell deutlich wurden: Sicherung des ICC, Sicherung der Hotels in
dem Sinne, daß dort keine "Chaoten" **reinkommen** konnten, und die
Erwartung militanter Großaktionen/Demos im unmittelbaren Citybe-
reich. Das brennende Auto am Donnerstagmorgen und die Fahrrad-
demo haben gezeigt, daß auch das ICC "angreifbar" war. Die Steine
gegen Interconti und Schweizerhof machen deutlich, daß auch das
zweite Ziel löchrig w... "...schweifende Rebellen", die es ja viele
gegeben hat, hät... ...r erreichen können.

Die Schere im Kopf

Wir werden nun sicherlich diskutieren müssen, was denn die Gründe
dafür waren, daß wir etliches eben auch *nicht* geschafft haben.
Die Leute, die den Kampagnenmenschen "Verantwortungslosigkeit"
vorgeworfen haben, weil ja "doch nur alle einfahren werden", werden
sich heute hoffentlich an den Kopf fassen, ebenso solche, die mein-
ten, während der Aktionstage sei keine militante Aktion möglich, die
Leute, die vor lauter Repressionsangst sich schon im Vorfeld eher iso-
liert als andere mobilisiert haben, werden jetzt sehen, es geht, trotz
Bullenaufgebot wie in Santiago de Chile, trotz tausender Zivis. Und
die gleich vorher in Urlaub gefahren sind, weil sie sich nicht "einma-
chen" lassen wollten, werden sich nun in den Arsch beißen, daß sie
nicht jetzt erst Ferien machen.
Die Lektion, die wir alle gelernt haben, heißt: wir können was machen,
Widerstand leisten, wenn wir wollen, uns vorbereiten, uns abspre-
chen, uns nicht isolieren.

Der weltweite Widerstand

Wir sind Teil eines weltweiten Widerstands gegen die Politik der impe-
rialistischen Staaten und ihrer Agenturen, von denen IWF und Welt-
bank nur zwei unter anderen sind. Daß sich imperiale Umstrukturie-
rungspolitik auch in den Metropolen zeigt, nicht nur am Hungertod
von Millionen Menschen in den Länder der drei Kontinente (Trikont),
ist eine objektive Tatsache.
Wir hatten in dieser Kampagne deutlich machen wollen, daß wir auch
subjektiv Teil dieses weltweiten Widerstandes sind, wir wollten uns
bewußt in Beziehung setzen zu den Kämpfen dort. Wir haben Kon-
takte geknüpft zu GenossInnen in vielen anderen Ländern, damit die
Leute dort unseren Widerstand, von dem sie z.T. nur sehr wenig wis-
sen, wie sie immer wieder betonen, als Teil auch ihres Kampfes be-
greifen lernen. Wir haben in dieser Kampagne damit versucht, aus ei-
ner Einbahnstraßensolidarität, wie sie Nicaragua gegenüber prakti-
ziert wird, rauszukommen, - zu einem *gemeinsamnen* politischen
Kampf. Daß dieser *nicht* beruhen muß auf identischen Ansichten über
jede Frage der Bewegung, ist für uns klar. Aber wir haben gemein-
same Feinde, das heißt, es ist geradezu unumgänglich, daß wir bei ei-
ner Transnationalisierung des Kapitals zu einer verbesserten Form
der politischen Koordination kommen, weil wir manchmal zwangsläu-
fig am selben Thema arbeiten. IWF und Weltbank sind solche The-
men.
Unsere Diskussionen hatten zur Folge, daß in Kopenhagen, in Am-
sterdam, in Madrid, in Bern und Zürich, in Padua, Venedig und Rom,
und in Bolivien Leute gegen die Jahrestagung von IWF und Weltbank,
deren Politik, und aus Solidarität mit unserem Widerstand aktiv ge-
worden sind - in einer ähnlichen Vielfalt der Handlungsformen, wie
dies in Berlin geschah.
Wir sind enttäuscht, daß die GenossInnen der MLN in Uruguay und in
Kolumbien, uns nicht direkt unterstützt haben. Insbesondere aber
enttäuscht mich die Haltung der FMLN aus El Salvador und der Nicas.
Trotz zahlreicher Gespräche und Papieren hatte der Genosse der
FMLN immer noch im Kopf, seine Organisation solle "hier in Deutsch-
land Anschläge machen." Nein, ihr Kampf dort gegen die Ausplünde-
rung ist auch der der BrasilianerInnen, der KoreanerInnen etc, und
auch unser Kampf. Mit jeweils unterschiedlichen politischen und so-
zialen Bedingungen, aber in politischer Beziehung zueienander ste-
hend, ob Mensch das nun wahr haben will oder nicht.
Ein Beispiel für eine solche - katastrophale - Haltung ist das taz-Inter-
view mit dem nicaraguanischen Finanzminister Cuadra. (taz vom
30.9.88) Er sagt nicht, die Situation unseres Landes ist derart, daß wir
Kredite brauchen, egal woher, aber Euren Kampf gegen dieses Sy-
stem des Imperialismus, den verstehen wir, da fühlen wir mit Euch
mit. Er sagt nicht, wir müssen in dieser Situation pragmatisch bis zum
geht-nicht-mehr sein, es bleibt uns keine Wahl, aber Euer Kampf ist
ein gerechter Kampf, sondern er will mit diesem Widerstand einfach
nichts zu tun haben, egal ob er AL, Autonom, oder sonstwie aussieht.
Das ist das Fatale.

Zukunft

Aber wir haben die Kontakte geküpft, Anfänge einer Koordination zei-
gen erste Erfolge.
Wir haben erreicht, daß der Widerstand in dieser Stadt in den Tagen
der Jahrestagung wichtiger wurde als das Bankertreffen.
Wir haben erreicht, daß viele Linke und Linksradikale wieder aktiv
wurden, und parallel in unterschiedlichster Form agiert haben.
Wir haben erreicht, daß zeitgleich auch im Ausland Aktionen statt-
fanden.
Das ist eine gute Grundlage für unsere zukünftigen Kämpfe, sei es ge-
gen den geplanten EG-Binnenmarkt, der 1992 verwirklicht sein soll,
oder andere Schweinereien, mit denen sie uns einmachen wollen.
Venceremos.
(in dem Kommentar stehen ein paar Sachen, die ein paar Leuten der ides-Redaktion nicht so recht passen. Bei Gelegenheit schreiben wir das auch noch.)

Die Bewegung wird beweglich

Zu den Anti-IWF-Aktionstagen und darüber hinaus

Donnerstag, 29. September, 19°°: Stoßstange an Stoßstange stehen die Polizei-Wannen, Gitterabsperrungen sind aufgebaut, die Kameras postiert, Wasserwerfer im Anschlag, Panzerfahrzeuge gleich dutzendweise, das Polizei-Aufgebot stellt alles an den Tagen zuvor gesehene in den Schatten, der Platz vor der West-Berliner Urania, Endpunkt der Abschlußdemonstration gegen den IWF, ist als perfekter Polizeikessel hermetisch abgeriegelt, die Spitze des rund 8.000 Leute starken Demonstrationszugs ist an der letzten Ecke vor der Urania angelangt, rund 200 Meter trennen Polizei und Anti-IWF-Kampagne noch von dem final showdown, der Großen Konfrontation, die bislang nicht stattgefunden hat, nicht am Sonntag bei der Groß-Demo der 80.000 Leutegegen IWF & Weltbank, und nicht bei den

folgenden "Aktionstagen", den vielen Aktionen und Demonstrationen vor Siemens, Schering, der Ausländerpolizei, den Kaufhäusern, und und und, vier Tage lang, und auch nicht an den Abenden des Bürger-Bejubeln-Banker und des Trommelns-gegen-den-IWF mitten im Zentrum von West-Berlin, gegen die die Polizei zwar vorging, und auch hart, aber immer wenn sie an einer Stelle eine "unerlaubte Versammlung" auflöste, bildete sich ein paar Meter weiter eine lärmende neue, wenn sie ein Stück Ku'Damm freigeräumt hatte, wurde der Verkehr eine Kreuzung weiter lahmgelegt, war der Anti-IWF-Protest mit seiner Beweglichkeit und Originalität und seinem Lärm und seinen vielen Menschen für Viele weitaus vermittelbarer als das überdimensionierte Polizei-Aufgebot und die wahllosen Festnahmen, und zur Großen Konfrontation, einer Straßenschlacht mit fliegenden Steinen und brennenden Autos als Rechtfertigung dafür kam's ja nicht, und nun, am Donnerstag, am Ende der von den Autonomen organisierten, aber dann doch viel breiter gewordenen "internationalistischen" Demo sollte sie also stattfinden, die Letzte Schlacht, der Polizeikessel schon vorab perfekt, Stoßstange an Stoßstange, und dann schlägt die Nachricht in den Polizeikessel ein wie eine Bombe: Die Demonstration hat sich, 200 Meter vor und angesichts des auf sie wartenden Kessels - selbst aufgelöst!, selbst aufgelöst, und auf die letzten 200 Meter Demonstrationsrecht verzichtet, den präparierten Showdown ins Leere laufen lassen, selbst aufgelöst, und die Polizisten fluchen und warten auf Befehle, und der die geben soll, weiß wohl nicht recht, welche nun, "Die schwierigste Aufgabe der Polizei nach dem Zweiten Weltkrieg" endet mit einem Griff ins Leere, dabei war das früher ganz anders gewesen, die Arbeiterbewegung stürmte vorwärts, vorwärts, Auf zum Letzten Gefecht!, vor 10 Jahren ließ sich die Linke von TonSteineScherben immer munter in die Niederlagen singen, "denn jede Schlacht, die wir verlieren, bedeutet unsern nächsten Sieg", doch wer mag noch an das Letzte Gefecht, an das Grande Finale der Weltrevolutionc glauben, und auf verlorene Schlachten, Niederlagen, Knast, Verletzte, Helden, Tote, Märtyrer, Niederlagen sind wir nicht mehr scharf, so wurde scheint's von asiatischen Kampfsportarten gelernt: Die Wucht des physisch überlegenen Gegners ins Leere gehen lassen und sie in die eigene Aktion aufnehmen, seine Wucht gegen ihn selbst wenden, für die Berliner Anti-IWF-Kampagne hieß dies: West-Berlin in einen Ausnahmezustand versetzen, einen Ausnahmezustand, der dem Treffen von IWF & Weltbank angemessen ist, dem Zustand der Weltwirtschaft angemessen ist, so wie der militärische High-Security-Bauzaun um Wackersdorf ein adäquates Abbild der Technologie gibt, die er verstecken soll, und diesen angemessenen Ausnahmezustand herzustellen, dazu haben die 11.000 Polizisten einen entschiedenen Beitrag geleistet, hat die Polizei ordentlich Chaos in der City gestiftet und oftmals mustergültige Blockade-Aktionen durchgeführt und Journalisten der internationalen Agenturen und der bürgerlichen Presse geknüppelt und eingekesselt und: geweckt!, wurde die Polizei zu einem der hervorragendsten Instrumente der Kampagne gegen den IWF, je stärker sie auftrat, desto stärker schlug sie auf sich selbst zurück, die Wucht des physisch überlegenen Gegners ins Leere gehen zu lassen hatte bereits einige Wochen zuvor eine spektakuläre Vorführung erlebt beim fotogenen Mauer-Sprung 'rüber nach Ost-Berlin, der den Besetzern des autobahnbedrohten Kubat-Dreiecks einen ruhmreichen Rückzug und das breite Grinsen der Welt-Presse sicherte, die Aktionstage gegen den IWF nun waren eine schon ausgereifte Leistung dieses Zuletzt-am-Besten-Lachens, die Selbstauflösung der internationalistischen Demo als Höhepunkt und Abschluß der Aktionstage, das letzte dem-Gefecht-aus-dem-Weg-gehen, schon hohe Kunst einer Neuen Beweglichkeit, einer "Synthese auf höherem Niveau" von Spaß-Guerilla, Greenpeace-Aktionen und traditioneller Massenmobilisierung, einer ausbaufähigen Neuen Beweglichkeit, die der Linken und den Bewegungen Perspektiven für zukunftsträchtige Formen politischen Agierens jenseits von Letzter Schlacht, durchprofessionalisierter PR-Abteilung und abstrusem Attentat bietet————————

Einschätzungen zur Anti-IWF/Weltbank-Kampagne und den Gegenmaßnahmen

AUS DER Sicht einer autonomen Zelle

"Ich bin begeistert von der Gegenseite.Deren Plan läuft.Jedes Zi[el] das sie sich vorgenommen hatten,haben sie erreicht.Von denen kö[nnen] wir noch was lernen." (Ein Berliner Bulle)

"Wenn es die 'taz' nicht gäbe,müßten wir sie gründen." (Hamburgs VS-Chef Lochte)

Die Post geht Ab!

Obwohl diese Zitate von Bullen stammen und ohne Abstriche auch keine Allgemeingültikeit haben,meinen wir,daß sie den Verlauf der Anti-IWF/Weltbank-Kampagne treffend zusammenfassen.Aber der Reihe nach:

In der Vorbereitungszeit auf den Bonzenkongress waren unsere Einschätzungen dessen,was zur Verhinderung und zum Angriff auf das Verbrechertreffen laufen könnte, eher pessimistisch.Das lag weniger an unserem eigenem Engagement,als vielmehr an dem Eindruck,den wir von der Szene hatten.Die Diskussionen schienen uns etwas zuviel auf die "zu erwartende Repression" konzentriert zu sein,sodaß schon fast die eigentlichen Ziele und die Möglichkeiten,um sie zu erreichen,aus den Augen verloren wurden.

Um so freudiger überrascht waren wir überrascht über die Betroffenheit und Vielfältigkeit,mit der sich viele Menschen während der Aktionstage immer wieder auf der Straße trafen und handelten.Dies soll nicht abschwächen,daß leider auch viele Leute aus der Szene der Einschüchterungstaktik aufgesessen sind.Seinen Gegner zu überschätzen ist eben doch genauso schlecht,wie ihn zu unterschätzen.

Die Sicherheitsterroristen handelten sowohl mittels ihrer Medien als auch auf der Straße nach der Strategie 'Abschrecken und Einschüchtern' gegenüber möglichem Widerstand.Was sollten sie auch sonst tun ? Zehntausend Banker konnten sie nicht lückenlos schützen.

Hunde die bellen, beißen nicht. Über Innensenator Kewenigs großspurige Erklärung im Frühjahr, die autonome Szene bis zum September zu zerschlagen und LPD Kittlaus' Ankündigung, daß kein "Straftäter" sich ohne ein hohes Festnahmerisiko auf der Straße bewe[illegible]e, haben wir nickend geschmunzelt. Denn sowohl unsere Erfahrung bei [illegible] Aktionen und während der Aktionstage 7-9 stunden täglich auf der Straße, als auch die 'Verhaftungsstatistik' (von offiziell 675 Verhafteten nicht mal zwei Dutzend "Straftäter") sprechen da eine ganz andere Sprache.

Wir suchten nicht die Auseinandersetzung mit den Bullen; das war genau das, worauf sie hofften und bestens vorbereitet waren. Unser Ziel hieß: Banker, Banken und Schweinefirmen angreifen, da wo es möglich war.

Die Bullen erfüllten die Funktion, sich zwischen den Protest/Widerstand und der verkörperten Finanzpolitik der imperialistischen Staaten zu stellen. Dabei nahmen sie eine negative Presseöffentlichkeit in Kauf. Besser ein paar Bilder von prügelnden Bullen, als von verprügelten Finanzministern. Aus dem ganzen Rhabarber um Pressefreiheit und Grundrechte wird sich, wie in den ganzen Jahren zuvor, nichts weiter ergeben, als daß ein paar Journalisten, die was vor'n Kopf bekommen haben, in Zukunft ihre Artikel zu solchen Themen mit anderen Augen sehen. Der Rummel, der von der fünften Machtsäule dieses Staates im Augenblick veranstaltet wird, lenkt sicherlich nicht nur unbeabsichtigt davon ab, daß in diesem 'Rechtsstaat' knapp 1000 Menschen in 'Schutzhaft' genommen wurden, weil vermutet wurde, daß sie gegen eine verbrecherische Organisation protestieren könnten.

Uns war es wichtig, den Bullen da, wo sie stärker waren und die Lage betsimmen konnten auszuweichen, um flexibel, selbstbestimmt und gezielt handeln zu können. Wir haben mit Freude beobachtet, daß etliche andere Leute auch so agierten und nicht wie die Kuh vor'm Scheunentor standen und den Bullen das Gesetz des Handelns überließen. Unbedingt positiv erwähnenswert ist hier noch, daß es während der Aktionstage in Kreuzberg (abgesehen von ein paar Feuerchen, mit denen die Bullen nichts anfangen konnten), völlig ruhig blieb und sich die Auseinandersetzungen in der Innenstadt abspielten.

Das einzige "Kollektiv", das aus der insgesamt gut gelaufenen Kampagne rausfiel, ist die 'taz'. Mit ihren endlosen Artikeln über Knüppelorgien, Verletzungen und Verhaftungen betrieb sie das Abschreckungs- und Einschüchterungsgeschäft der "Sicherheits"strategen. Dort waren kaum Meldungen zu finden, die Mut machten und noch mehr anspornten (obwohl es davon genügend gab). Stattdessen seitenlang vollgeschriebenes Papier darüber, wie schrecklich und ungerecht hier wieder alles ist. Dies wäre nicht nicht so ärgerlich, wenn nicht noch immer viele Leute, vor allem in Westdeutschland, den Anspruch der 'taz', eine linke Zeitung zu sein, ernst nehmen würden.

Dagegen kann mensch die täglich erschienene 'Zahltag' als gelungenes und wirkungsvolles Projekt bezeichnen. Sie hatte sich als eine aktuelle Zeitung, die gut über positive, wie negative Geschehnisse informierte, schwer bewährt. Glückwunsch dazu. Das nicht über alles berichtet werden konnten, (so z.B. über die mobilen Funkstörsender, die die Bullen reichlich in Verlegenheit brachten...) ist klar. Wir hoffen, daß sich die verschiedenen Gruppen und Einzelkämpfer/innen, die noch keine Erwähnung fanden, zahlreich zu Schrift und Wort melden, damit viele Leute einen Überblick über die Bandbreite und Fülle der gelaufenen Aktionen bekommen. Denkt bei euren Berichten aber daran, daß die City von mehreren Dächern aus permanent videoüberwacht war !

Zum Schluß wollen wir es uns nicht ersparen, Selbstkritik am Termin der internationalistischen 'Abschlußdemo' zu üben. Zu einem Zeitpunkt, da die meisten Kongressbonzen diese gastfreundliche Stadt schon wieder verlassen hatten, hätte uns klar sein müssen, daß knapp zehntausend Bullen, die nun keine Hotels, Veranstaltungsorte und Shuttle-Routen (das waren die An- und Abfahrtswege der Banker) mehr schützen brauchten, sich voll auf uns konzentrieren konnten.

Obwohl es eine inhaltlich richtige und auch starke Demo war, schien uns der Ausgang schon vorher von der anderen Seite festgelegt zu sein. Und das der Mund manchmal





größer ist, als die Taten, die dann folgen, wurde bei der Zielsetzung "IWF-verhindern" deutlich. Angreifen, stören, sabotieren, alles in Ordnung, weil machbar. Die Tendenz allerdings, mehr zu verkünden, als mensch halten kann, betrachten wir mit Sorge. Das ist Selbstbetrug und verlangsamt eine Weiterentwicklung, um Projekte der Herrschenden in Zukunft auch in solch einem Rahmen wirklich verhindern zu können.

Trotz alledem glauben wir, daß es gelungen ist, den Damen und Herren kräftig in die Suppe zu spucken und wir hoffen, daß viele Leute in und an den Aktivitäten aus guten und schlechten Erfahrungen gelernt haben und und Heißhunger auf "the whole fucking bakery" bekommen haben.

Erklärung zum Weddinger Kessel

Was hatten wir im Kopf ?
Eine schnelle Spaßdemo mit bis zu 100 Leuten, Straßenblockaden, Parolen, Flugis verteilen, dann ab in die U-Bahn und weiter zum nächsten Punkt. Dem entsprach die Wahl des Ortes und auch der U-Bahn als Fortbewegungsmittel.
Wir haben viel zu wenig nachgedacht. Das betrifft sowohl die Härte, mit der die Bullen auf eine unkontrollierte und unerwartete Aktion reagierten als auch den Umfang an Vorbereitungen, die von uns hätten kommen müssen. Wir haben die Sache viel zu leicht genommen und dadurch eine ganze Kette von Fehlern gemacht:

- Wir haben viel zu wenige Leute miteinbezogen, die Vorbereitung lief viel zu kurzfristig und unkoordiniert und daher schlecht
- Wir haben uns nicht genügend mit anderen abgesprochen (vor allem nicht mit der Demo-Leitung bei der vorangegangenen Schering-Demo)
- Wir haben mit dem Gesundbrunnen ein zur Flucht ziemlich ungeeignetes Gelände ausgewählt

Uns hätte klarwerden müssen, daß die Aktion, wie wir sie vorhatten, undurchführbar war. Wir hätten sie abbrechen müssen. Stattdessen haben wir weitere Fehler im Verlauf der Aktion gemacht:

- Wir haben unser Konzept viel zu unklar (überhaupt nicht, der Säzzer) dargestellt, Mißverständnisse waren vorprogrammiert.
- Wir haben unbeirrt weitergemacht, obwohl viel mehr Leute mitkamen, als geplant. Es waren sogar zuviele für einen U-Bahn-Zug.
- Wir haben es versäumt, am Gesundbrunnen ein neues Ziel bekannt zu geben.

Mit den Leuten, die bei der Aktion mitgekommen waren, hätte bei einer besseren Vorbereitung eine ganze Menge möglich sein können. Wir konnten feststellen, daß die Grundidee, die U-Bahn für eine zunächst unkontrollierbare Aktion zu benutzen, bei vielen gut angekommen ist.
Wir haben viel berechtigte Kritik einstecken müssen, doch denken wir, daß wir aus unseren Fehlern etwas gelernt haben -

Aus den Zusammenhängen



Bad-/Ecke Behmstraße: Hier warfen die Chaoten die Scheiben ein

Zur Mitteilung vom Herausgeber des Buches Widerstand heißt Angriff (Interim 23)

Wir haben den Text nicht deshalb abgedruckt, weil er uns besonders gut gefiel, sondern weil er das erste direkte Info zur Verhaftung von Hans Alderkamp ist. Bei genauerem lesen wird mir allerdings das Verhalten von Hans bzw. die Vorwürfe gegen ihn immer unklarer. Im Prinzip kommt der Text ja einem Solidaritätsentzug gleich, auch wenn nicht gesagt wird, welche konkreten Schlußfolgerungen gezogen werden. Aber dafür reichen mir die Infos nicht. Erstmal muß sich jede/jeder auf unsere Solidarität verlassen können.

Die Fehler, die Hans unterlaufen sind (ein Adressbuch mitführen und dessen Beschlagnahmung erst relativ spät bekannt zu geben) sind die eine Seite, das Verhalten seiner Freundin die andere. Die Vermischung beider,und Hans als typisches Beispiel von Liberalismus zu bezeichnen, find ich erstmal fatal, das Mao-Zitat nur noch zynisch. Damit meine ich z.B, jemandem, der im Knast sitzt, vorzuwerfen "sowenig wie möglich <zu> sagen, obwohl man ganz genau weiß was falsch ist."

Nun soll das hier weder Anpisserei noch Auseinandersetzung mit dem Text sein sondern eher der Aufruf, uns Infos über die Situation von Hans, die Auseinandersetzungen in Holland und die Kampagne gegen den Knipselkrant zu schicken. Für alle, die Hans schreiben wollen, haben wir hier noch seine Adresse: Hans Alderkamp über Ermittlungsrichter am BGH; Herrenstraße 45a; 7500 Karlsruhe 1.

Zu den Durchsuchungen am 8/9.9.88 drucken wir im folgenden drei Berichte/Einschätzungen ab. In der Interim 20 bzw. 22 waren bereits zwei Einschätzungen zu den Durchsuchungen in Berlin.

in hh waren die bullen am 1o.9 um 7.oo uhr in 2 wohnungen, bei jeweils einer frau aus dem antiimp. widerstand.
die eine bekam den durchsuchungsbeschluss, der vom 9.9 war, nur kurz zu gesicht, deshalb ist alles dazu unvollständig.(wie überhaupt dieser ganze bericht)
der beschluss ist begründet mit eibem e-verfahren gegen eine namentlich genannte frau aus stuttgart und gegen"5 andere".
(die genossin ist auch schon vor kurzem bei einem prozessbesuch in paris bei action directe festgenommen worden.)
sie sprechen von observationsberichten, nachdem die hherin vor kurzem in sttg.bei der frau zu besuch war und _ sie sich "konspirativ"verhalten hätten und dieselbe auch in hh war,die beiden sich getroffen hätten und mit noch 3 namentlich benannten in den hafen gefahren seien. sie hätten sich wieder konspirativ umgetan und bei der wegfahrt vom hafen, habe die eine die folgenden autokennzeichen notiert(:bei der frau, die das gemacht haben soll, war auch die 2. durchsuchung).
insgesamt diene dies alles zum aufbau der kommunikation zwischen raf und ad und dem aufbau der struktur dazu.

(Die Erklärung ist gekürzt)

ZU DEN BUNDESWEITEN HAUSDURCHSUCHUNGEN AM 8. und 9.9.'88

Am 8.9. wurden in einer koordinierten Aktion über 30 Wohnungen durchsucht. fast alle wegen eines Ermittlungsverfahrens gegen 5 GenossInnen aus Stuttgart. Bei einer paralell laufenden Durchsuchung in der Kiefernstrasse in Düsseldorf wurde ein Genosse verhaftet. Inder Nacht auf den 9.9. wurde dann noch ein Genosse in Stuttgart verhaftet. Beiden wird "Mitgliedschaft in einer terr. Vereinigung" vorgeworfen.
Die Haftbefehle beruhen bei beiden Verhaftungen auf der Konstruktion. es gäbe 4 Ebenen der raf. Die Bundesanwaltschaft sagt. es gäbe die illegalen raf-Mitglieder. die militanten kämpfenden einheiten. die Gefangenen. und den sogenannten "legalen Arm der raf". Bei dem Stuttgarter Genossen behaupten sie. daß er nach der Verhaftung von Eva Haule-Frimpong im Sommer 1986 ihre "Funktion" übernommen habe. Eva hat aber als Illegale in der raf gekämpft. während der Genosse zum anti-imperialistischen Widerstand in Stuttgart gehört.
Am 9.9. gab es dann in 3 Städten sogenannte "Anschlußdurchsuchungen". eine wegen eines Ermittlungsverfahrens gegen 2 Genossen aus Frankfurt. im Einzelnen liefen am 8.9. und 9.9. folgende Durchsuchungen:
3 Wohnungen in Düsseldorf. 21 in Stuttgart und Umgebung. 2 in Frankfurt. 7 in Berlin. 1 in Karlsruhe. 1 in Pforzheim. 1 in München. 2 in Hannover und 2 in Hamburg.
Das Verfahren richtet sich gegen 5 Stuttgarter GenossInnen. die anderen Durchsuchungen wurden im wesentlichen mit dem Kontakt zu diesen GenossInnen begründet. Bei der Konstruktion der Bundesanwaltschaft geht es um den "Aufbau der Struktur von raf und action directe". Dazu ist wichtig zu wissen. daß eine betroffene Genossin sich schon lange mit George Cipriani. einem Gefangenen aus action directe. und mit Dominique poiree. einer Gefangenen von der Zeitung Internationale. schreibt. Diese Genossin war bereits im Juni in Paris bei dem Revisionsverfahren gegen die Gefangenen aus action directe und Internationale gewesen. Den Prozeß zu besuchen war für sie die einzige Möglichkeit. die Gefangenen auch mal zu sehen. mit denen sie schon länger eine politische Auseinandersetzung hat.
Am 2ten Prozeßtag war sie zusammen mit einem anderen Genossen unter dem gleichen Vorwurf. unter dem jetzt auch die Hausdurchsuchungen gelaufen sind. verhaftet worden und 3 Tage lang von den Französischen Bullen festgehalten worden.
Die jetzigen Durchsuchungsbeschlüsse waren nicht überall gleichlautend. zum Teil haben die Betroffenen sie auch garnicht zu Gesicht bekommen. Aus den Beschlüssen wissen wir. daß die Bundesanwaltschaft sie mit Observationsberichten begründet. in denen davon die Rede ist. wann andere wo die GenossInnen getroffen haben. Wichtig finden wir. daß darin viel von "konspirativem Verhalten" die Rede ist. was ja auch bei der Verhaftung von Ulla Penselin für einen Haftbefehl ausgereicht hat.
Als "konspirativ" bezeichnen sie dann z.b., daß die beiden Genossinnen aus Hamburg. gegen die die Hausdurchsuchungen hier gelaufen sind. sich mit 3 GenossInnen aus Stuttgart an der Hafenstraße getroffen haben. Das liest sich dann so: "... haben sich konspirativ an der Hafenstr. umgetan.". An einer andere Stelle ist es konspirativ. daß die eine Genossin aus Stuttgart einen Genossen in München aus einer Telefonzelle heraus angerufen haben soll.

Uns geht es jetzt erstmal um diese Information. Eine andere Frage ist. wie wir mit diesen laufenden Terror-Observationen gegen uns umgehen. Das können wir nicht in diesem Flugblatt mal eben kurz entwickeln. sondern es wird ein Punkt für die politischen Diskussionen in der nächsten Zeit sein. Wir denken. daß das Interesse der Bullen erstmal war. über die Hausdurchsuchungen an Informationen heranzukommen und sich so eine Möglichkeit zu verschaffen gegen alle Betroffenen Ermittlungsverfahren. auch nach §129a. einzuleiten. (siehe taz vom 10.9.) Darüberhinaus sind sie dabei. Haftbefehle gegen die 5 GenossInnen. bzw. einzelne von ihnen. vorzubereiten.
Weil die meisten Durchsuchungen nicht gegen "Beschuldigte" gelaufen sind. sondern zur "Auffindung von Beweismaterial". wie sie es nennen. denken wir. daß sie vorhaben. massenhaft GenossInnen als "Zeugen" zu laden.
In dem Verfahren gegen Eva Haule. Luitgard Hornstein und Christian Kluth in Stammheim ist offen geworden. was sie mit ihren "Zeugenvorladungen" vorhaben. Dort wurden Andrea Sievering und Erik Prauß zuerst als Zeugen geladen. später als "Mitglieder einer terr. Vereinigung" verhaftet und jetzt wegen dem Anschlag auf die Rüstungsfirma Dornier angeklagt.
Für den Fall. daß man die Aussage bei solchen Vorladungen verweigert. reagiert der Staat mit Beugehaft. Damit schaffen sie sich eine Handhabe. um viele von uns auf einen Schlag aus den Diskussionen und Zusammenhängen im revolutionären Widerstand herauszureissen.
Man kann diese Durchsuchungen nicht trennen von den ganzen anderen Verfahren. Hausdurchsuchungen. Verhaftungen und der Kriminalisierung in der letzten Zeit. Es sind ja auch nicht nur bestimmte. einzelne Zusammenhänge betroffen. sondern der Widerstand in seiner ganzen Breite.
Das jüngste Beispiel ist die bundesweite Durchsuchungsaktion von BKA und Staatsschutz nach derFestnahme eines Genossen aus Holland im Mai. der angeblich 90 Exemplare des Buches "Widerstand heißt Angriff" dabei gehabt haben soll. Auch im Zuge dieses Verfahrens wurden bundesweit Wohnungen durchsucht.
Genauso dazu gehören auf einer anderen Ebene die aktuellen Räumungsdrohungen gegen die Hafenstraße. Bullen und Justiz sehen ihre Aktion vom 8.9. und 9.9. selber auch im ZUsammenhang mit der Mobilisierung gegen die IWF/Weltbanktagung in Berlin - so stand in der "Welt" vom 11.9.: " .. die Staatsschutzbehörden haben umfangreiche Vorkehrungen getroffen. So soll die Berliner POlizei für die Zeit des Kongresses auf 10.000 Beamte verstärkt werden. Vorsorglich wurden in den letzten Tagen Hausdurchsuchungen im terr. Umfeld durchgeführt".
Es ist eine Frage an uns alle. und nicht nur an die betroffenen Menschen und Gruppen. was wir der Kriminalisierung des ganzen Widerstandes entgegensetzen. Wir dürfen uns nicht spalten lassen. und wir dürfen nicht zulassen. daß sie eine/n nach der/dem anderen von uns verhaften und kriminalisieren!

Hamburg, 15.9.1988

---

am freitag, 16.9., fand eine solidaritätsdemo zu den verhaftungen und durchsuchungen statt. 30 bis 40 leute sind mit transparenten vom hein-kölisch-platz zum schulterblatt gegangen und haben paroien gerufen

---

wir haben gehört, daß die belgischen gefangenen aus den kämpfenden kommunistischen zeilen (cellules communistes combattantes, ccc) seit anfang september im hungerstreik sind.
im sommer 86 hatten die gefangenen zusagen erkämpft, die aber nicht eingehalten wurden. deswegen nahmen sie den hungerstreik wieder auf.
die forderungen der 4 gefangenen: pierre carette, didier thevolet, bertrand sassoye und pascale vandegeerd sind u.a.
- zusammenlegung
- 8 stunden umschluß miteinander
- freie kommunikation
- 2mal besuch monatlich von nicht-verwandten
- kein tragen der knastklamotten

die informationen zum hungerstreik sind unvollständig! In sich ab, der prozeß gegen die 4 gefangenen beginnt am 26.9.
d.h. einer hungert eine woche, danach streikt der nächste der gefangenen weiter.

Solidarität ist eine Waffe

V.I.S.D.P. ROSA SCHWARZ, HAMBURG

die bundesanwaltschaft stützt sich im haftbefehl im wesentlichen auf ampullen mit narkotika, die sie bei der hausdurchsuchung mitgenommen hatten. narkotika der gleichen art waren 1987 bei der verhaftung von vier genossInnen aus action directe in frankreich gefunden worden. deshalb geht die bundesanwaltschaft davon aus, über die ampullen die sowohl bei uli als auch bei den genossInnen aus der guerilla in frankreich gefunden wurden,
am ehesten die mitgliedschaftskonstruktion propagandistisch und juristisch hochziehen zu können.
klar war, der staatsschutz musste eine verhaftung durchziehen, so wie sie mit der mitgliedschaftsbehauptung in unsere wohnungen eingelaufen waren.
in den zeitungen wurde es zuerst auch prompt so rübergebracht, dass die medikamente eventuell für eine von der raf geplante entführung bestimmt gewesen seien, was der baw-sprecher prechtel dann aber wenig später dementierte.

uli und tommi, der genosse aus düsseldorf, wurden sofort als erster fahndungserfolg im zusammenhang mit den hausdurchsuchungen gegen "mutmassliche mitglieder der raf " präsentiert.

---

die haftbedingungen von uli

uli wurde zuerst nach stammheim gebracht und eine woche später nach rastatt verlegt. er hat dasselbe isolationsprogramm wie alle revolutionäre gefangene in der brd: 23 stunden allein auf der zelle, 1 stunde allein hofgang, sichtblenden vor dem fenster, zensierte post, besuche ausser bei angehörigen nur mit trennscheibe, abschottung von den übrigen gefangenen ... es dauerte 2 wochen bis er das erste mal zeitungen, ein radio, bücher, klamotten gekriegt hat.
mit der verlegung nach rastatt verschärfen sie das isolationsprogramm. er ist dadurch weiter weg von seinen genossen und freunden, seinen angehörigen, seinem anwalt; und in stammheim wäre er wenigsten im gleichen knast wie christian, rico, manu, eva, carlos und andrea.

---

ob sie uli jetzt mit dieser begründung für jahre einknasten können, weitere genossInnen einfahren lassen und die konstruktion auf immer mehr genossInnen und zusammenhänge ausdehnen, ist noch offen.
es gab erste folgedurchsuchungen am selben tag, einige stunden später in west-berlin, am darauffolgenden tag in karlsruhe und pforzheim. jedesmal mit adressen begründet, die sie bei den ersten hausdurchsuchungen mitgenommen hatten.
was der staatsschutz jetzt hochzieht, ist eine absolut scharfe drohung gegen den widerstand insgesamt, gegen jeden, der an seinem bedürfnis nach einem menschenwürdigen leben festhält, für befreiung kämpft, weil es an unseren diskussionen, politischen beziehungen ansetzt.
aber im konkreten ist es für den staatsschutz dünn, und darin liegt unsere möglichkeit, den vorstoss zurückzuschlagen, von uns und unseren strukturen auszugehen und den kampf dagegen als bedingung des widerstands für die entwicklung des revolutionären kampfs aufzunehmen.

wir haben überlegt, warum das ganze gerade jetzt läuft. ein faktor für den zeitpunkt war bestimmt die bundesweite starke mobilisierung gegen den iwf. dass der staatsschutz nicht mehr durchblickt, was wirklich an diskussionen und konkreten vorbereitung läuft, und gehofft hatte, zufallsfunde zu machen, uns in unserem handlungsspielraum einzuengen, uns zu beschäftigen, wenn unmittelbar vorher verhaftungen, hausdurchsuchungen und kontrollen laufen.
im spiegel vom 5.9. stand dazu "...so hatte das bka schon ernsthaft erwogen, mutmassliche raf-anhänger offen von der polizei beobachten und verfolgen zu lassen (stosstangenobservation)...".
wir denken aber auch, dass es zu kurz greift zu sagen, die durchsuchungen waren jetzt nur wegen iwf. der staatsschutz reagiert damit auf die entwicklung im widerstand insgesamt und zielt damit bis in die gesellschaft rein.

das zeigt sich auch an den §111-er kontrollen, die seit mai '88 zum teil gezielt gegen den widerstand, aber auch im zuge der allgemeinen strassenkontrollen, als bevölkerungskontrollen laufen. so standen zb einige stunden nach dem angriff der raf auf den staatssekretär im bundeswirtschaftsministerium und organisator der berliner iwf - weltbanktagung tietmeyer in ganz baden württemberg grüne in ziviautos vor vielen wohnungen aus der szene und haben alle kontrolliert, die aus den häusern raus oder reingingen.
genossInnen haben zu dem 111-er ein extra flugblatt gemacht, deshalb hier nur so kurz.

wenn wir sagen, der angriff richtet sich reaktiv und präventiv gegen die entwicklung im widerstand, gegen unsere organisierung, so gehen wir dabei von dem aus, was schon lebt.
dass es möglich ist, trotz aller unterschiedlichkeit, zusammenzukommen, und sich mit seinen zielen durchzusetzen, was es heisst, dafür, politische und praktische gegenmacht aufzubauen, was das auch an konfrontation bedeutet, dafür sind uns zb die erfahrungen der genossInnen aus der hafenstrasse total wichtig.
hier in stuttgart gab's aus den ganzen diskussionen raus, erste praktische ansätze, das, was wir als bedürfnis spüren, anzupacken
- genossInnen, die anfang dieses jahr, die volxküche aufgebaut haben um raum zu schaffen für diskussionen unter uns, für treff's, veranstaltungen...
- genossInnen, die im sommer beim prozess gegen gefangene aus action directe und l'internationale in paris waren, um die gefangenen zu sehen und zu hören,
- genossInnen, die die pro-iwf-veranstaltung, mit vertretern von iwf - weltbank im theaterhaus in stuttgart-wangen verhindert haben und bei der demo in stuttgart mit dabei waren.

uns geht's jetzt auch mit den ermittlungsverfahren, durchsuchungen und den verhaftungen von uli und tommi so, wir wollen rauskriegen, wie können wir die situation für uns drehen. ein teil dadrin ist, zu begreifen, worauf dieser angriff jetzt zielt. zu überlegen, wie gehört das ganze zusammen mit den angriffen gegen die genossen aus düsseldorf aus der kiefernstrasse, der hafenstrasse, duisburg ...: gegen den widerstand insgesamt.
und was wir dem praktisch entgegensetzen.
wir wollen die diskussion daran mit allen, die das auch wollen.

GEGEN DURCHSUCHUNGS- ÜBERWACHUNGS + OBSERVATIONSTERROR

★

weitermachen jetzt !

das war nen transparent in hamburg, die kurz nach den durchsuchungen ne demo gemacht haben

knast anschrift von uli:
uli winterhalter
jva rastatt
über
ermittlungsrichter beim bgh
herrenstr. 45a

INFO NR. 1

zu den bundesweiten hausdurchsuchungen am 8. und 9.9.88 und der verhaftung von uli

am 8.und 9.9. wurden vom staatsschutz 40 wohnungen durchsucht. die durchsuchungen waren koordiniert. es handelt sich aber um verschiedene ermittlungsverfahren gegen genossInnen aus stuttgart, frankfurt und düsseldorf. bei der durchsuchung in düsseldorf wurde tommi verhaftet und in der nacht vom 8.auf 9. in stuttgart uli.

wir sagen jetzt erstmal was zum ermittlungsverfahren, das mit schwerpunkt stuttgart durchgeführt wird, weil wir das aus unseren diskussionen raus bisher am genauesten können.

an der bullenaktion hat sich ein neuer schritt gegen uns gezeigt. die bundesanwaltschaft behauptet in dem ermittlungsverfahren gegenüber genossInnen aus dem anti-imperialistischen widerstand, dass sie m i t g l i e d e r d e r r a f sind.
um zu kapieren, wie der staatsschutz sich das jetzt vorstellt und direkt gegen uns durchzieht, finden wirs wichtig, den ablauf der durchsuchungen und die verhaftung von uli anhand der fakten zu vermitteln.
am nachmittag - da war uli noch dabei - hatten sich die von der bullenaktion in stuttgart und esslingen betroffenen zusammengesetzt und zusammengetragen:
in der region waren es 20 durchsuchungen. die durchsuchungsbeschlüsse die die bullen rausrückten, beinhalteten nichts ausser dem satz "in dem verfahren gegen ... wegen verdachts einer straftat nach §129a wird die durchsuchung von ... angeordnet". als beschuldigte wurden 4 genossInnen namentlich genannt, bei den andern stand im beschluss: durchsuchung nach §102, was beschuldigte heisst, bzw nach §103 was bei sonstigen personen heisst.
auch in den anderen städten wurden die durchsuchungen mit den vier genossInnen begründet.

die wohnungsdurchsuchungen liefen sehr unterschiedlich. in manchen wohnungen wurden alle politischen papiere abgeräumt: flugblätter, berichte von kämpfen in anderen ländern, zb frankreich, spanien, italien, palästina..., texte von guerillagruppen, prozesserklärungen von revolutionären gefangenen, flugblätter und diskussionspapiere zur anti-iwf-kampagne, zur auseinandersetzung mit gentechnologie, umstrukturierung. briefe von und an gefangene in der brd, in frankreich, belgien etc. bei andern wurden adressen, stadtpläne, landkarten, wanderkarten abgegriffen. da wo sie wussten, genossInnen haben briefkontakt zu gefangenen aus action directe (französische guerillaorganisation) haben sie alles, was es zu frankreich gab, abgeschleppt. vor allem die briefe und so blieb einer genossin nicht mal mehr die adresse des gefangenen dem sie schreibt. sie behindern damit ganz materiell unsere auseinandersetzung mit gefangenen.

wir hatten während den durchsuchungen den eindruck, dass die bull in manchen wohnungen ziellos rumgesucht hatten, andererseits machten sie aber auch so sprüche wie "so wie das liegt, bringt uns das nichts".
wir konnten das erst einordnen, nachdem wir mitgekriegt hatten, dass die bullen wegen mitgliedschaft in unsere wohnungen eingedrungen waren. und mitgekriegt haben wirs darüber, dass sie den genossInnen in den anderen städten beschlüsse vorgezeigt haben, an die noch extra ausführliche begründungen geheftet waren.

die begründungen wurden nur mal kurz gezeigt, aber niemand ausgehändigt. deshalb können wir das auch nur so wiedergeben, wie die genossInnen das noch in erinnerung haben: die vier namentlich genannten genossInnen würden als mitglieder der raf die front in der brd und westeuropa aufbauen.
begründet wird das mit observationsberichten, die die bullen angefertigt haben, die im übrigen aus observationen über verschiedene tage, ja monate zusammengestoppelt sind. genau so wie sie es für diesen einsatz gebraucht haben.
sie sagen da zb ...eine genossin aus stuttgart habe versucht eine genossin aus einer anderen stadt in die strukturen der raf einzubinden.
oder, ...es würde den genossInnen darum gehen, die gemeinsamen überlegungen von raf und action directe weiterzuführen.

sie machen also aus dem, was jeder im widerstand macht, nämlich sich mit genossInnen zusammenzusetzen, zu diskutieren, um rauszukriegen wie wir uns zusammen bestimmen, kämpfen können, kontakte um die strukturen der raf aufzubauen,
und dann, wenn wir im widerstand uns treffen, unter den bedingunge die der staatsschutzstaat uns setzt: abgehörte telefone, überwachung unserer wohnungen, postkontrolle, stosstangenobservation, und wir uns für unsere diskussionen, veranstaltungen, demos davor schützen, sagen sie "konspiratives verhalten". wenn sie jetzt mit diesem begriff rumoperieren, greifen sie uns und unsere strukturen an. sie sagen aber, die aktion richte sich gegen strukturen der ra

in der presse bringen sie's auch direkt so rüber "raf: 30 wohnunge durchsucht". prechtel, der sprecher der bundesanwaltschaft, in der stuttgarter zeitung am 9.9. "die bundesanwaltschaft befürchte keine neuen anschläge, es sei bei der aktion lediglich um hinweise auf die nackte mitgliedschaft in einer terroristischen vereinigung gegangen". prechtel in der berliner morgenpost "die bundesweite aktion galt 4 auf freiem fuss befindlichen mitgliedern der raf, sowie 26 sympathisanten".

ulis verhaftung lief dann auch entsprechend.
ca 12 stunden nach den hausdurchsuchungen wurde er um 0.30 in einer blitzaktion von der strasse weg verhaftet. der zeitpunkt war sicherlich absichtlich gewählt, denn es gibt ein gesetz, demzufolge muss der verhaftete spätestens um 24 uhr des darauffolgenden tages dem haftrichter vorgeführt werden.
damit hatte die bundesanwaltschaft fast 48 stunden zeit um den haftbefehl anzufertigen.

Freiheit für Ingrid Strobl

INFO 6



Ulla ist aus dem Knast. Es ist toll, daß sie wieder bei uns ist und daß wir sie ohne Trennscheibe sehen und mit ihr diskutieren, lachen und reden können.

Dies heißt aber keineswegs, daß ein Kapitel bundesdeutscher § 129a-Kriminalisierung gegen »GentechnologiekritikerInnen« abgeschlossen ist (s. Hamburger TAZ).

Nach wie vor laufen im Zusammenhang mit den Razzien vom Dezember 1987 ca. 20 Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung oder Mitgliedschaft in den RZ/Rote Zora, nach vier Menschen wird noch gefahndet, das Verfahren gegen Ulla ist noch nicht eingestellt, im Ruhrgebiet und in Hamburg gibt es mehrere Zeugenvorladungen der Bundesanwaltschaft und

Ingrid Strobl ist weiterhin im Knast.

Ulla und Ingrid haben bei ihren Haftprüfungsterminen vor dem OLG Düsseldorf nach Akteneinsicht den Staatsschutzkonstruktionen der Anklageschriften eigene Erklärungen entgegengesetzt.

Aussagen und Erklärungen sind grundsätzlich politisch und praktisch problematisch. Wenn überhaupt, ist eine Aussage unserer Meinung erst nach Akteneinsicht und Kenntnis der Anklagevorwürfe möglich. In ausführlichen Diskussionen mit AnwältInnen muß gesichert sein, daß Aussagen keine Konsequenzen für andere haben. Bei Zeugenvorladungen sind Aussagen noch problematischer, da die ZeugIn nicht weiß, was die Bullen gegen Beschuldigte in der Hand haben und nicht klar ist, inwieweit eine in den Augen der ZeugIn noch so unwichtige Aussage andere in den Knast bringen kann.

Deshalb keine Zeugenaussagen.

Die Tatsache, daß sie Ulla rausgelassen haben, hat für uns absolut nichts mit sog. Rechtsstaatlichkeit zu tun. Ulla ist aus dem Knast ... Spekulation hin und her, weil sie eine Gegendarstellung zu den Anklagepunkten gemacht hat und aufgrund des politischen Drucks, der durch die breite Solidaritätsbewegung mit ihren vielfältigen Aktionen entstanden ist.

Das unterschiedliche Vorgehen des Gerichts gegenüber beiden Frauen (Ingrid ist weiter im Knast) sehen wir als Spaltungsversuch der Solidaritätsbewegung zu Ulla und Ingrid und auch zu anderen politischen Gefangenen. Die Aufteilung in »Schuldige« und »Unschuldige« ist eine Unterscheidung, die uns noch nie interessiert hat.

Denn: Widerstand gegen dieses System ist gerechtfertigt und nötig.

Unsere Solidarität gilt allen, die mit immer wieder dem gleichen Strickmuster von Ermittlungen und Anklagen nach § 129a überzogen werden. Staatlicherseits wird nichts so sehr gefürchtet wie das Zusammenwirken von Informationen, öffentlicher Diskussion und direkter Aktion.

Unsere politische Arbeit wird mit dem § 129a kriminalisiert. Die Reihe der Verfahren und Prozesse ist lang. Daß immer wieder Ermittlungsverfahren eingestellt werden, beweist nicht, daß die Justiz »gerecht« ist, sondern offenbart vor allem den Charakter des § 129a hauptsächlich als Ermittlungsparagraphen, über den der Staatsschutz neue Erkenntnisse über unsere Strukturen und neue Ermittlungsansätze gewinnen will.

Dagegen können wir uns unter anderem zur Wehr setzen, indem wir bei Zeugenvorladungen und Verhaftungen die Aussage verweigern.

Und jetzt erst recht:

Solidarität mit Ingrid und allen anderen Menschen, die im Knast und draußen gegen Ausbeutung und Unterdrückung für unsere Befreiung kämpfen.

Haftprüfung im Verfahren gegen Ingrid Strobl

Am 1.9.88 fand der Haftprüfungstermin im Verfahren gegen Ingrid statt, zu dem sie selbst nicht geladen wurde. Ingrid hat schriftlich zu den Vorwürfen Stellung genommen und erklärt, daß sie den ihr vorgeworfenen »Weckerkauf« aus Gefälligkeit für einen Freund unternommen habe. Gleichzeitig weigert sie sich, den Namen des Freundes zu nennen.

Sie selbst erklärt dazu:

»Für mich ist das eine Frage der politischen Moral. Meine Haltung in dieser Frage hat nichts mit Märtyrertum zu tun. Zu sagen, für wen ich den Wecker gekauft habe, würde nur bedeuten, noch einen Menschen dieser ziemlich brutalen Maschinerie auszuliefern, der ich unterworfen bin und weitere Menschen die Bekannten, Freundinnen, Freunde und Kolleginnen dieser Person dem Räderwerk von Ermittlung und Erfassung, von Schnüffelei und Verdächtigungen auszusetzen. Ich gehe davon aus, daß die Bundesanwaltschaft ebenso gut wie ich weiß, daß der Vorwurf der »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung RZ« nichts als ihre eigene Erfindung ist. Das Festhalten an dieser Anklage hat nur einen Grund: Ich soll mit einer langen Haftstrafe bedroht werden, damit ich sage, für wen ich den Wecker gekauft habe. Da ich diese Auskunft verweigere, befinde ich mich in einer Art Beugehaft. Diese Beugehaft dauert nun schon acht Monate.



Erklärung von Ulla

Nachdem vor ca. 2 Monaten Anklage gegen mich erhoben wurde und Akteneinsicht möglich war, habe ich anläßlich der Haftprüfung beim OLG Düsseldorf am 19.8.88 eine Erklärung zur Anklage abgegeben.

Wenn ich daran gehe, die Anklage gegen mich von allem »dramaturgischen Beiwerk«, allen Staatsschutz-Spekulationen und Interpretationen zu »befreien«, so bleibt als Kern übrig: Ich habe mich mit Frauen vom Gen-Archiv Essen getroffen, die ebenfalls verdächtigt werden; ich habe einmal versucht, mich einer Observation zu entziehen; und ich habe mich mit Gentechnologie beschäftigt, diesem »anschlagsrelevanten« Thema.

Daraus wird eine Anklage wegen Mitgliedschaft in den RZ/Rote Zora und Beteiligung an den Brandanschlägen auf die Adler-Filialen.

»Zuviel der Ehre«, kann ich da nur sagen.

Diesem ganzen ideologischen Konstrukt der Anklage habe ich meine Erklärung entgegengesetzt:
Ich habe mich mit den Frauen getroffen, weil wir schon lange zusammenarbeiten und befreundet sind – über den gemeinsamen Themenschwerpunkt Bevölkerungspolitik und Gentechnologie, wozu zuletzt auch die Zusammenarbeit an der Zeitung E.coli-bri gehörte, und über gemeinsame Positionen zum antiimerialistischen Frauenkampf.

Ich habe mich einer schon länger unübersehbaren Observation zu entziehen versucht, weil ich nicht bereit bin, mein Leben unter den Augen des Staatsschutzes zu führen, soweit sich das vermeiden läßt.

Und ich beschäftige mich mit Bevölkerungspolitik (und in diesem Zusammenhang auch mit Gentechnologie), einem Schlüsselbereich patriarchal-imperialistischer Herrschaftssicherung, der Zurichtung der Menschen für den kapitalistischen Verwertungsprozeß. Eine Politik, die sich in erster Linie und vielfältiger Formen gegen Frauen richtet.

Bei der Abgabe einer Erklärung gibt es klare Grenzen: keine Aussagen über andere Personen, über Strukturen, was nur zu weiteren Ermittlungen führt, kein politischer Verrat. Zu der Anklage gegen mich konnte ich Stellung nehmen, ohne diese Grenze zu überschreiten.

Ich finde es richtig und wichtig, derartige Staatsschutzkonstrukte, über die schon seit Jahren mittels des §129a Ermittlungsverfahren und Prozesse durchgezogen werden, öffentlich diskutierbar und damit angreifbar zu machen.

Die Anwendung des §129a heißt politische Justiz. Das heißt, daß es in der Solidarität mit »Betroffenen« nicht um die Frage »Schuld« oder »Unschuld« gehen kann. Die Herrschenden wenden ihre Gesetze nach dem Prinzip gegen uns: was und wer wird ihren Projekten gefährlich.

Unsere Frage kann nur heißen: Ist Widerstand gerechtfertigt?!

Im gleichen Sinne kann es auch nicht um die (zynische) Diskussion gehen, ob die »Falsche« oder »Richtige« im Knast sitzt: »richtig« sitzt wohl niemand in den Knästen, in den Trakten!

Auch wenn z.B. über die Einknastung von Ingrid und mir – entgegen jeder staatlicher Verrechnung – der Auseinandersetzung mit der Politik der RZ/Rote Zora und dem Frauenwiderstand einiger Aufwind beschert wurde – ich denke, draußen wären wir und alle anderen allemal nützlicher....

Die Bundesanwaltschaft hat die Zusammenfassung der Verfahren gegen Ingrid und mich gefordert. Das läßt keinen anderen Schluß zu, als daß die Staatsschutzbilanz gegen die RZ/Rote Zora endlich mit einem »großen Prozeß« aufgebessert werden soll.

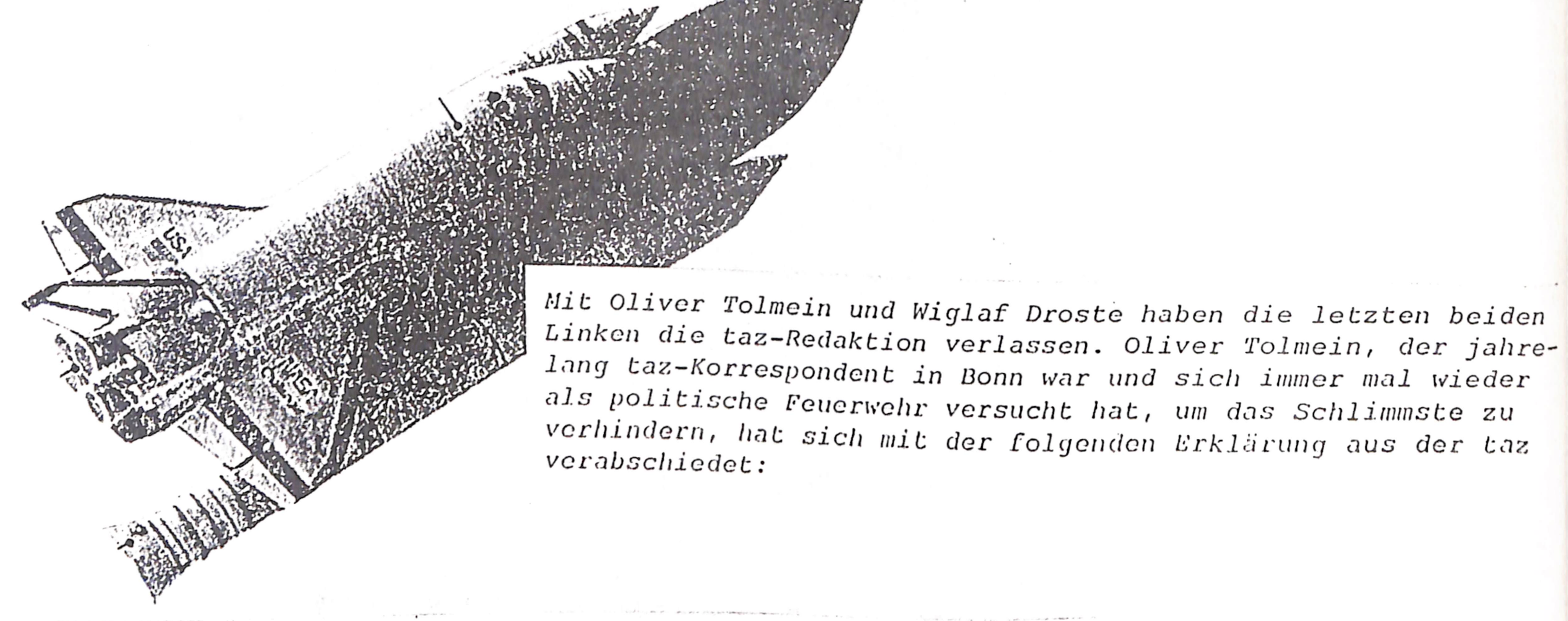
Wenn wir ihnen diese Show vermasseln könnten, wäre das ja nur gut. Das wird aber letztlich nur gelingen, wenn die Auseinandersetzungen um Frauenwiderstand und alle »anschlagsrelevanten Themen« vorangetrieben werden.

Ich fühle mich allen verbunden, die an den verschiedensten Ecken und Enden und in dem Wissen handeln, daß wir uns nur im Kampf gegen Patriarchat und Imperialismus befreien können!

Und ich schicke vor allem Ingrid und den vieren, nach denen gefahndet wird, meine ganze Kraft und Liebe!

Ulla
21.8.88

Wir warten ~~nicht~~ wieder auf bessere ZeitUngen

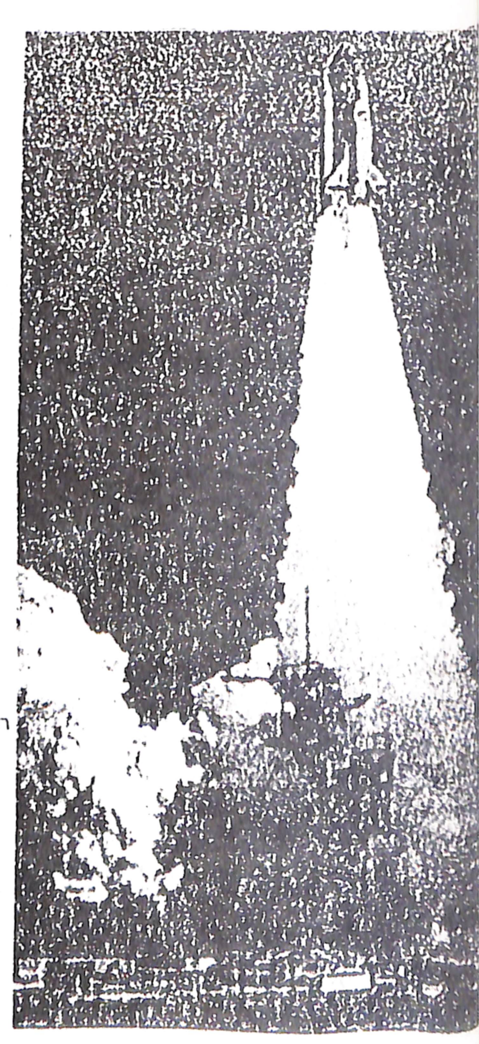


Mit Oliver Tolmein und Wiglaf Droste haben die letzten beiden Linken die taz-Redaktion verlassen. Oliver Tolmein, der jahrelang taz-Korrespondent in Bonn war und sich immer mal wieder als politische Feuerwehr versucht hat, um das Schlimmste zu verhindern, hat sich mit der folgenden Erklärung aus der taz verabschiedet:

Authentischer Bekennerbrief

Abschied vom Space-Shuttle taz

Die meisten werden es mittlerweile gehört haben: zum 1.1.1989 verlasse ich die taz und fange bei der "konkret" in Hamburg an. Ich vollziehe den Wechsel nicht aus Mitleid mit Hermann L.Gremliza (dessen angebliche Einsamkeit in der taz ja immer so rührend bedauert wird) vollziehe, sondern weil die taz für mich zuletzt nur noch ein Arbeitsplatz war, kein Kollektiv mehr mit dem mich politische Gemeinsamkeiten verbinden. Und als Arbeitsplatz finde ich die taz ziemlich unattraktiv: der selbstherrliche Umgang vor allem der Aktuellen-Redaktion mit Texten, das u.a. aufgrund der Hierarchisierung verschlechterte Arbeitsklima, die miese Bezhalung und der Dauerärger über fehlende Ansprechpartner, oberflächliche Auseinandersetzungen über Themen - es gibt genug Papiere aus den Regionen und der Technik dazu. Ich will hier nur ein paar Gründe aufführen, warum ich mich entschlossen habe zu gehen (was mir nicht leichtgefallen ist) : das hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit, dazu müßtet Ihr dann schon mal in das demnächst erscheinende, von Detlef zum Winkel und mir geschriebene Buch schauen.



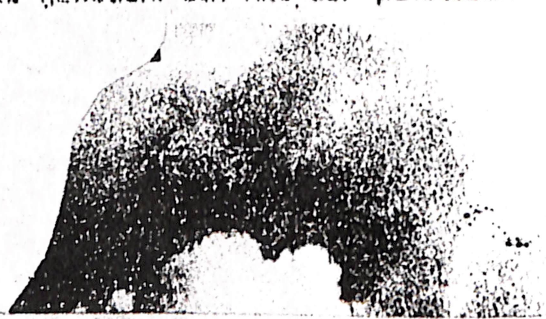
Eine entscheidende Rolle, die taz zu verlassen, haben meine Erfahrungen mit der Zeitung infolge der Schüsse an der Startbahn am 2.11.1987 gespielt: damals, in einer Ernstfall-Situation für die Linke, hat die Zeitung in der Nachrichtenberichterstattung krass versagt und zudem die interne Opposition (das war im redaktionellen Bereich vor allem, aber nicht nur ich) in einer Art und Weise ausgegrenzt, wie ich das vorher nicht für möglich gehalten hätte. Ich erinnere hier nur an das "taz-intern" im Dezember, demzufolge es keine interne Kritik an der Arbeit der Frankfurter Redaktion gegeben hat - und das nach all den heftigen Auseinandersetzungen u.a. um die Vorverurteilung von Eichler in der Zeitung. Die taz hat in diesen Wochen das Geschäft der Herrschenden in diesem Land betrieben und, statt Gegenöffentlichkeit zu schaffen, auf die zahllosen Widersprüche in den amtlichen Verlautbarungen hinzuweisen, an der Hetzkampagne gegen das autonome Spektrum heftig mitgewirkt. Klaus Nothnagels Vergleich von Autonomen mit KZ-Wächtern war der skandalöseste, aber keineswegs isoliert dastehende Ausdruck davon. Eine linke

Zeitung mag in Schönwetterzeiten noch so kritisch, noch so frech, noch so wasweißichwas sein - wenn sie in Ernstfall-Zeiten so kraß versagt ist sie der Mühen und Kräfte, die dort täglich hineingesteckt werden nicht wert. Die Serie von Till und Maria, produziert ein halbes Jahr danach als nur noch wenig zu retten war, hat an diesem insgesamt desolaten Eindruck auch wenig ändern können -zumal ich ihren zentralen Ansatz- "es war kein Mord"- nach wie vor politisch nicht besonders ergiebig finde. Aber für die taz war die Welt wieder in Ordnung - der schlimmsten Kritik aus der Szene hatte mensch etwas entgegenzusetzen und außerdem stand dann IWF auf der Tagesordnung.

Mit den Erfahrungen der Startbahnauseinandersetzungen versehen ging es mir bei den IWF-Geschichten so, daß ich nichteinmal mehr Lust hatte in die interne Auseinandersetzung zu intervenieren. Der "Dialog"-Kurs der Zeitung war durch das lange Zeit hinter verschlossenen Türen vorbereitete taz-Weltbank-Symposion eh festegelegt - daß es dann nicht durchgesetzt wurde, war eher Opportunismus, als daß die Redaktion kapiert hätte, daß so ,ohne Absprachen und Rückkoppelung, mensch sich eine Kampagne politisch nur um den Preis der völligen Isolation zur eigenen Imageförderung und Auflagensteigerung zunutze machen kann. Die darauffolgende Berichterstattung selber war geprägt von Panikmache wegen Repressionsgeschichten einerseits (Stichwort: Straßenverkehrskontrollen) und enormer Sympathien für den Gegenkongreß. Das ist zwar im Grunde legitim, eine ausführlichere Vorfeld-Berichterstattung über die Aktionstage und die Vorstellungen der Gegenkongreß-GegnerInnen hätte der taz aber durchaus gut zu Gesicht gestanden. Die Schwierigkeiten das zu gewährleisten sind mir bekannt: tazlerInnen werden von Treffen ausgeschlossen, bekommen Papiere erst spät oder garnicht etc.. Aber diese Ausgrenzung kommt ja nicht aus dem Nichts - sie hat Geschichte und Vorgeschichte und die taz (als taz und nicht nur vertreten durch Einzelpersonen) wäre gefordert sich dazu anders als dauernd beleidigt zu verhalten.

Gekündigt habe ich aber nicht wegen der Startbahn- oder der Anti-IWF-Kampagnen-Berichterstattung, sondern weil ich zu den zugrundliegenden Differenzen keine befriedigende Haltung als Redakteur der Zeitung mehr beziehen kann. Oder, um es schlicht im heute noch aktuellen Jargon zu formulieren: die taz ist nicht reformierbar (deswegen muß sie allerdings nicht gleich verhindert werden). Linke Positionen wie ich sie in der Zeitung vertreten habe und, im "Normalfall", vertreten konnte finden dort zwar ihren Platz (und für die "Autonomen"- und Repressionsberichterstattung werden sich schnell NachfolgerInnen finden), aber sie werden behandelt als Relikte aus vergangenen Zeiten: wir haben sie, wir zeigen sie, aber immer mit dem Warnschild "berühren oder sich zueigen machen verboten!". Den "musealen Tempel der Linksgläubigkeit" in dem ich mich angeblich eingerichtet haben soll wollen in Wirklichkeit die errichten, die ihre Zukunft schon hinter sich haben: mit postmodernen Hinweistafeln und elegant gestylten MuseumswärterInnen: ja früher fanden wir das schick, aber heute...Diese innerhalb der taz, dem Zeitgeist gemäß, mit einer überaus soliden Mehrheit ausgestattete Fraktion behauptet heute, die Zeitung zum "Zentralorgan der Suchenden" machen zu wollen:

gesucht wird aber leider nur der Fluchtweg aus der eigenen Verantwortung für die herrschenden Verhältnisse hierzulande und ihre mörderischen Auswirkungen anderswo. Es ist sicher richtig, daß weder Klaus noch Matthias, noch Zaggi oder Jürgen an "die alten Feindbilder" mehr glauben (wollen?) - schon die Wortwahl ist in diesem Fall aber verräterisch: denn an der Realität der nach außen imperialistisch, nach innen rassistisch und sozialdarwinistisch agierenden BRD ändert "glauben" rein garnichts. Aber statt die Verhältnisse zu analysieren, daraus Konsequenzen für die Art und Weise der Zeitungarbeit zu ziehen wird in der Perspektivdiskussion mit Leerformeln jongliert und nach Auflagenzahlen gegiert. Um es Euch nicht zu bequem zu machen: Auflagenzahlen finde ich wichtig, die taz als zum linken Szeneblatt mit beschränkter Wirkung zu machen war nie mein Anliegen. Aber ich will Gewichtungen gewahrt wissen: Auflagenzahlen und die damit verbundene vermeintliche Wirkung der taz in der bürgerlichen Öffentlichkeit dürfen nicht zum obersten Kriterium gemacht werden. Es gibt Bereiche wo angeeckt werden, dagegen gehalten werden muß - und zwar nicht wie es in den Konzeptpapieren heißt, damit bewundernd festgestellt wird "da haben die sich aber was getraut", sondern weil es politisch notwendig ist: die 129a-Kampagne, die ich wochenlang mit einem Beschluß des Inlandstreffens in der Tasche vergeblich versucht habe durchzusetzen wäre so etwas gewesen: ein Akt der politischen



Solidarität mit Corinna und eine Intervention. Aber nein - mal war mein Konzept "zu langweilig", mal gabs keine Seiten, die Sonderbeilagen waren eh alle weg und überhaupt. Keine Zensur - das gibts in diesem Blatt ja fast nicht - pure Interessen- und Phantasielosigkeit. Es ist eben wirklich nur ein Schrebergarten, der den Linken in der taz zugestanden wird - das Gesamtbild der taz, ihre politische Stoßrichtung im Großen prägt die sozialdemokratisch-grüne Fraktion. Da muß mensch sich nur mal anschauen, wer zur Konzeptdebatte geladen wird: Offe, Plogstedt, Preuß....

Ich hatte als ich bei der taz angefangen habe ein Interesse an aktuellen Interventionen in die Politik der Linken (und das ist vor allem das Spektrum jenseits von SPD und Grünen) .Dort bewegt sich derzeit mehr als bloße Teilnahmezahlen an Demos und Aktionen aussagen: die Unzufriedenheit mit den aktuellen (Nicht-)Organisationsformen ist verbreitet, theoretische Debatte und die Aufarbeitung eigener Geschichte wird versucht, es wird, nach jahrelanger Fixierung auf die Grünen, versucht einen Diskurs, der nicht von der Ökologiebwegung, sondern von linken Inhalten und Erfahrungen bestimmt ist wieder in Gang zu bringen. Ich hatte gedacht, daß es wenn auch unter sehr schwierigen Bedingungen möglich sein würde als taz-Redakteur an dieser, zugegebenermaßen recht mühselig und ohne jede Erfolgsgarantie in Bewegung kommenden Debatte teilzuhaben, in sie einzugreifen, sie voranzutreiben. Tatsächlich habe ich meine Kräfte in den letzten drei Jahren vor allem in die ziemlich eindimensionale, verengte, gleichwohl aber nervenaufreibenden internen Debatten der taz gesteckt: ziemlich ohne jeden Erfolg. Die Chefstrukturen wurden nur verzögert, der Einheitslohn ist am Kippen, die Berichterstattung ist von einem linken Journalismus weit entfernt. Die taz, da bin ich mir deswegen sicher, hat vor lauter Ringen um die eigene Perspektive das Interesse an der Perspektive der Linken verloren und wird an deren Auseinandersetzung keinen Teil haben (können) - als "kollektiver Organisator" schon garnicht. Sie entwickelt sich völlig losgelöst. Raumschiff Grüne/Bonn meets Space-Shuttle taz. Die gemeinsame Bodenstation ist der schwer manövrierbare Tanker. Ich bleibe lieber an Land.

Oliver Tolmein


Volkssport

die anarchistische bewegung 9.oktober
- sek öffentlichkeitsarbeit
informiert:

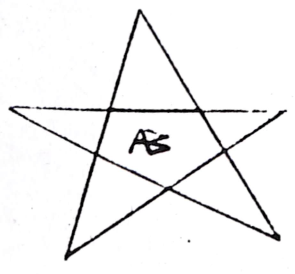
im gedenken ans q-bat-Δ haben wir in der nacht vom samstag den 8.10. zu sonntag den 9.10. eins der vielen sinnlosen denkmäler umgestaltet.

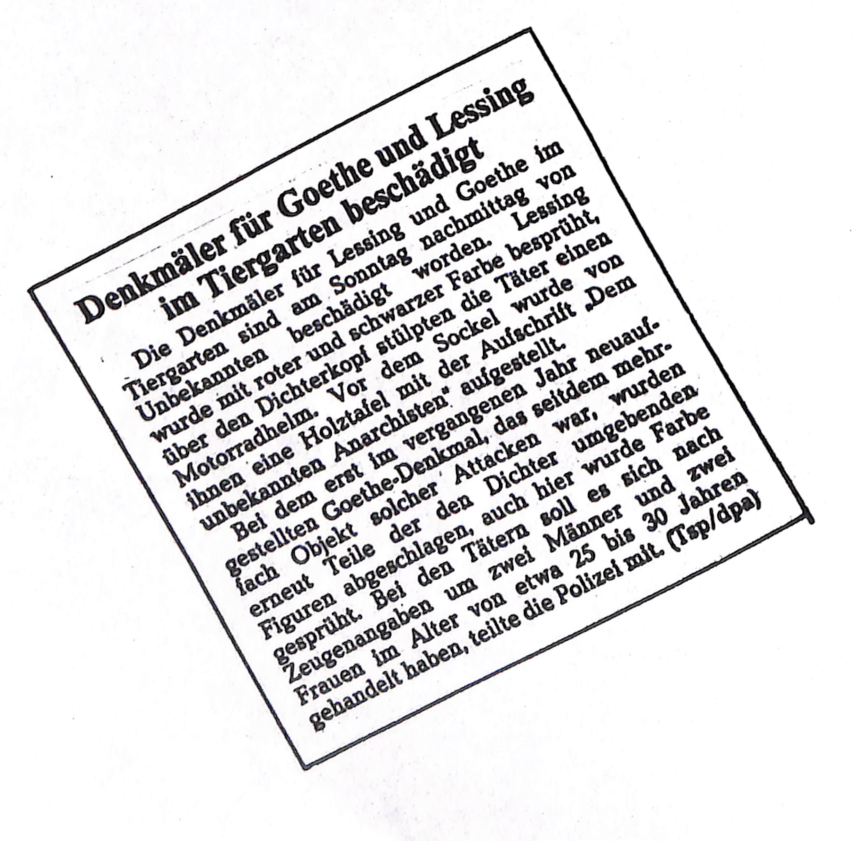
das denkmal, das an der lenné-straße inder nähe von mauer zwei steht, ist dem unbekannten anarchisten gewidmet.

das ist unser beitrag zum kulturrummel e 88.

das ist unser zweiter streich ...

die anarchistische bewegung 9.oktober
- sek denkmalpflege





Denkmäler für Goethe und Lessing im Tiergarten beschädigt

Die Denkmäler für Lessing und Goethe im Tiergarten sind am Sonntag nachmittag von Unbekannten beschädigt worden. Lessing wurde mit roter und schwarzer Farbe besprüht, über den Dichterkopf stülpten die Täter einen Motorradhelm. Vor dem Sockel wurde von ihnen eine Holztafel mit der Aufschrift „Dem unbekannten Anarchisten" aufgestellt.

Bei dem erst im vergangenen Jahr neuaufgestellten Goethe-Denkmal, das seitdem mehrfach Objekt solcher Attacken war, wurden erneut Teile der den Dichter umgebenden Figuren abgeschlagen, auch hier wurde Farbe gesprüht. Bei den Tätern soll es sich nach Zeugenangaben um zwei Männer und zwei Frauen im Alter von etwa 25 bis 30 Jahren gehandelt haben, teilte die Polizei mit. (Tsp/dpa)

..........HAUSBESETZUNG IN NEUKÖLLN HAUSBESETZUNG IN NEUKÖLLN HAUSBESETZUNG IN

am 29.9. um 16.15 Uhr wurde die HERMANNSTR. 16 besetzt. dieser zeitpunkt war nicht zufällig, sondern gewollt. wir wollten damit auf der einen seite die INTERNATIONALISTISCHE DEMO unterstützen, indem es paralell an vielen orten zu aktionen kommt und damit soviel unruhe in die stadt getragen wird, daß die bullerei gezwungen ist, sich mit vielen widerstandsherden zu beschäftigen. es ging uns dabei um ein dezentrales konzept, das am letzten tag des IWF-Weltbank-Kongresses, nochmal unseren widerstand gegen dieses system an vielen orten sichtbar machen sollte. die hausbesetzung war so angelegt, daß wir das haus dann verlassen, wenn die bullen auflaufen. so ist es dann auch gelaufen. alle genossInnen haben das haus wieder verlassen können, ohne von den bullen abgegriffen zu werden.

unsere parolen auf den transparenten waren:

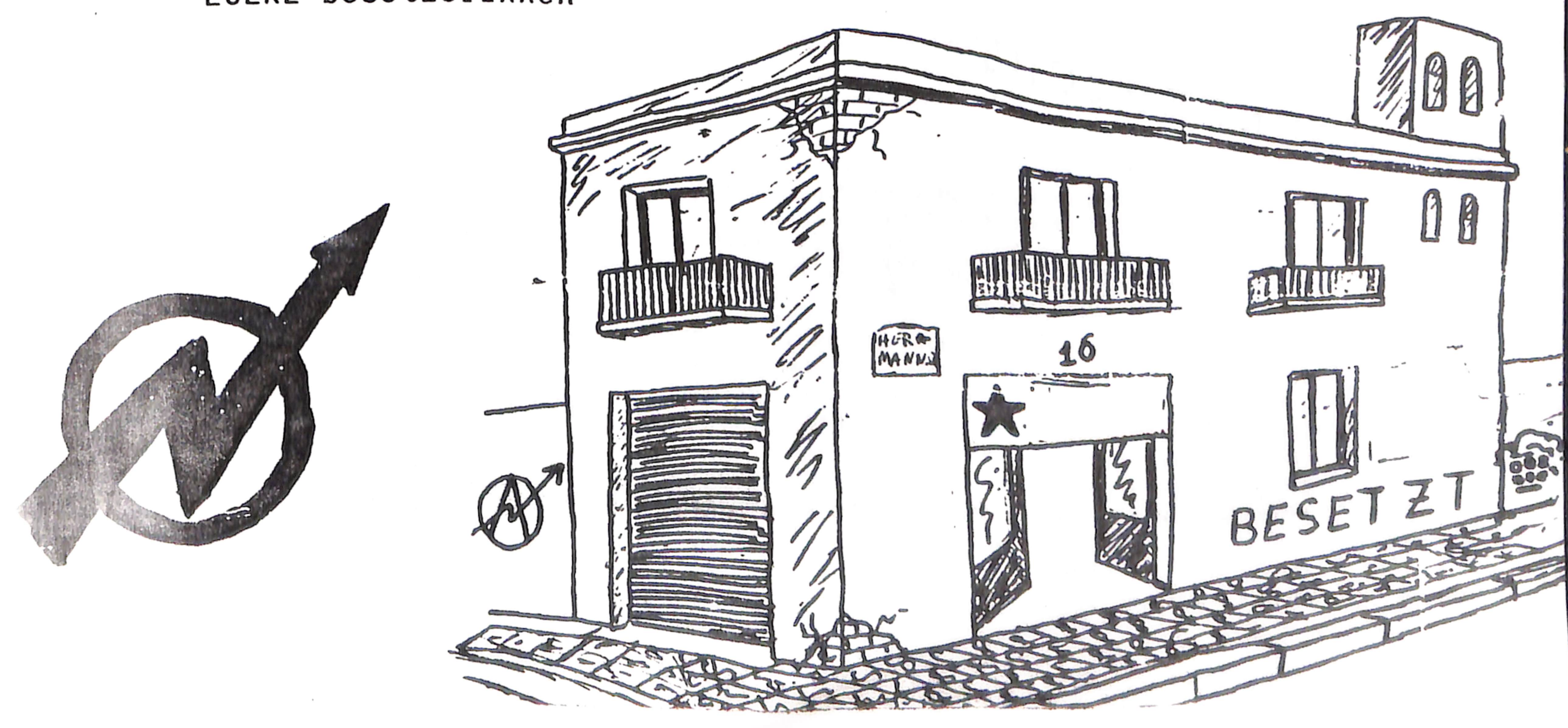
- den widerstand im stadtteil organisieren !
- kampf dem staat, patriarchat und kapital !
- IWF und Weltbank angreifen !

zum schluß nochmal kämpferische grüße an alle genossInnen, die die aktionstage zum erfolg gemacht haben !

solidarität mit allen, die wegen aktionen im knast sitzen oder ermittlungsverfahren am hals haben - solidarität ist eine waffe !

wir werden uns wegen der HERMANNSTR. 16 nochmal ausführlicher melden .....

EUERE besetzerInnen





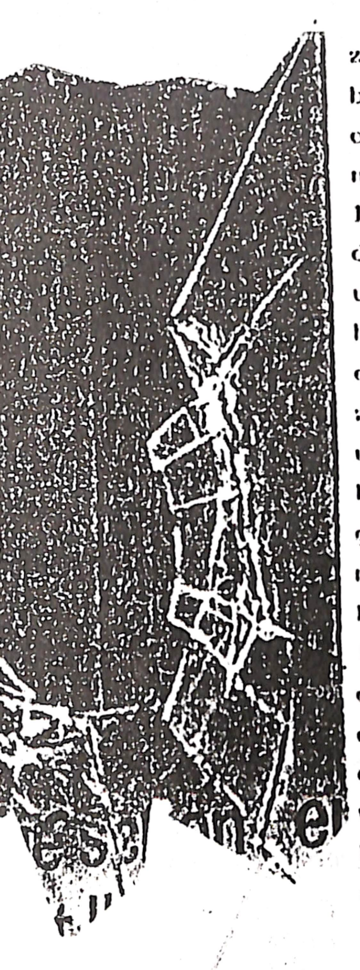
wir haben in der nacht des 1.oktober die gesamte rück=
front der kongresshalle entglast.die kongresshalle war
veranstaltungs-und vergnügungsort für die iwf-mörderbande.
es geht jetzt dadrum,alle die dazu beigetragen haben,daß
dieser mördertreff in westberlin stattfinden konnte,nach=
träglich anzugreifen.
weiter kündigen wir den uns namentlich bekannten elbt-
schläger eine harte bestafunng an. sie haben gegen den
menschenverachtenden knüppeleinsatz während der autonomen
revolutionären demonstration jegliches recht auf körper=
liche unversehrtheit verwirkt.
die aktionstage und die abschließende autonome internation=
alistische demo sind für uns trotz der bullenmaßnahmen
insgesamt als politisch-militanter erfolg zuwerten.
die bullen-und staatschutzführung konnten ihre geplante
abriegelung und polizeibesetzung in kreuzberg nicht durch=
setzen,; die propagandistische mobilmachung und interne
vorbereitung eines verteidigungskonzepts hatte den pigs
einen wirksamen widerstand entgegengesetzt.
ein anti-iwf riot in kreuzberg unter den augen der welt=
öffentlichkeit wäre der senatsriege politisch sehr unge=
legen gekommen.
kritisieren müssen wir allerdings,das sich nur wenige der
"sogenannten kreuzberger scene" an den störaktionen in der
innenstadt beteiligt haben.
kritisieren müssen wir auch den öffentlichen aufruf zur
autonomen demo,wo zum ersten mal davon abgeraten wurde
sich zu vermummen, und das nachdem selbst bei der sonn=
täglichen großdemonstration ein vermummter autonomer
block durchgesetzt worden ist. mit der schere im kopf
läßt sich keine revolutionäre politik und auch keine
stärkung der eigenen autonomen strukturen verankern.

proletarische und autonome gruppen

SCHERBENGERICHT

*Liebe GenossInnen, wir sind über den Ton eurer Erklärungen
zu den "Entglasungsaktionen" ziemlich entsetzt:
"Wir sichern der Belegschaft zu...auf militanter Ebene...
zu INTERVENIEREN" - "Wir WEISEN die Forderungen des DGB...ZURÜCK"
- "Wir FORDERN den DGB AUF..."*

*Mal ganz davon abgesehen, daß wir nicht verstehen, was der Unsinn
soll, den DGB zu irgendwas aufzufordern, haben wir den Eindruck,
daß ihr in die Sprache unserer Gegner verfallt.
Die praktizierte Politik der Anschläge oder kleinerer Widerstands-
und Sabotage-Aktionen sollte sich nicht selbst dadurch entwerten,
daß sie im Jargon von Presse-Verlautbarungen der Schweine-Medien
erläutert wird. Eher zerstört ihr die authentische Sprache der
klirrenden Scheibe, wenn ihr da mit "Aufforderungen" und "Zurück-
weisungen" nachhakt.*



zum abschluss des 4. aktionstag haben wir das verwaltungsge=
baüde der firma bosse in der reichenbergerstr./kreuzberg
entglast.bosse ist zuletzt dadurch bekannt geworden, das der
neu eingesetzte geschäftsführer mit der drohung der massenent-
lassung versucht,die belegschaft zuspalten.einige arbeiterInnen
die sich dagegen auflehnten, wurden mit abmahnungen und kündig=
ungen überzogen.desweiteren wurden die arbeiterInnen mit einem
höheren krankheitsstand bei erneuter krankheit mit sofortiger
entlassung bedroht.wir fordern die belegschaft auf, auch ohne
zustimmung der dgb-führung diese unternehmerangriffe abzuwehren
und betriebliche kampfmassnahmen einzuleiten.wir sichern der
belegschaft bei einer betriblichen konfrontation zu, gegen den
geschäftsführer und weiteren feinden der belegschaft auf
militanter ebene gegen diese zu intervenieren. als beispiel
können sich die arbeiterInnen den aktuellen kampf der arbeiter
Inen bei VW in brasilien nehmen.
die jüngste forderung des dgb, keine angriffe mehr gegen konzerne
durchzuführen,weil damit angeblich arbeitsplätze gefährdet wer=
den,weisen wir entschieden zurück.
wir werden auch weiterhin angriffe gegen die ausbeuter und ver=
brecher durchführren.,fordern aber den dgb auf,erstmal die poli=
zeiagenten ,korrupte betriebs-und gewekschaftsfunktionäre aus
ihrer organisation auszuschliessen. es ist der dgb, der durch
seine koloboration und kompromisbereitschaft für. massenentlass=
ungen wie in rheinhausen mitverantwortlich ist.

proletarische und
autonome gruppen

Und mit was für einem aufgeblähten Anspruch tut ihr das! Gebährdet euch doch nicht wie ein aus dem Untergrund operierendes Bestrafungs-Kommando der Autonomen: "Wir kündigen den EBLT-Schlägern eine harte Bestrafung an" - "Sie haben ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit verwirkt"

Zurückschlagen, Widerstand leisten ist grundsätzlich etwas anderes als Bestrafungsaktionen im Namen und Auftrag von - ja, von wem? Der autonomen Bewegung, der Opfer? Der Klasse oder "im Namen des Volkes"? Wir sehen das imaginäre Volkgsgericht vor uns, das das Urteil gesprochen hat: "...Recht auf körperliche Unversehrtheit verwirkt!"

Autonomes Politikverständnis gründet sich auf der eigenen Betroffenheit und sie rechtfertigt die daraus folgenden militanten Aktionen, nicht der Verweis auf ein verborgenes Rechtssystem, aus dem Verurteilung und Bestrafung abgeleitet werden könnten.

Darüber hinaus fragen wir uns, ob ihr die Bedeutung von eingeworfenen Scheiben nicht ein bißchen überschätzt. Ist Glasbruch nicht eher der traditionelle (und weltweit praktizierte) Ausdruck spontaner Wut, eine Drohung also, an die gerichtet, die sich hinter diesen Scheiben verschanzen, wobei die Scheiben nun leider erstmal das einzige unmittelbar Angreifbare sind?
Den eher demonstrativen Charakter von Glasbruch könnt ihr auch nicht dadurch zum Schlag in die Fresse der Schweine hochjubeln, indem ihr die kaputten Scheiben durch den Begriff "Entglasung" aufmotzt.
Bleibt auf dem Teppich, Leute!

17 Fensterscheiben eingeworfen

Ausschreitungen auf der Potsdamer Straße nach Störung eines Konzerts

Insgesamt 17 Scheiben wurden bei den Auseinandersetzungen in der Nacht zu gestern vor dem Quartier Latin an der Potsdamer Straße in Tiergarten eingeworfen. Wie in einem Teil der Auflage gestern berichtet, hatten etwa 30 Angehörige der „Autonomen Gruppen" versucht, ein Konzert im Quartier Latin zu stürmen, bei dem Gruppen auftraten, die der Szene der „Skinheads" zugerechnet werden. Die Autonomen hatten eine Scheibe im Quartier Latin eingeschlagen und Tränengas auf die Besucher gesprüht. Auch mit Knüppeln soll nach Angaben von Besuchern geschlagen worden sein.

Ein Teil der Besucher verfolgte die Autonomen bis auf die Straße, wo es dann bei fließendem Autoverkehr zu weiteren Auseinandersetzungen kam, bei denen auch Steine geworfen wurden. Dabei wurden in der Umgebung 16 weitere Scheiben zerstört. Beschädigt wurden ferner nach Angaben der Polizei zwei Autos und ein Bus der BVG.

Die Polizei schickte keinen normalen Funkwagen, sondern Einsatzbereitschaften mit einer besonderen Schutzausrüstung. Sie trafen deshalb später ein, als es für ungeschützte Funkwagen möglich gewesen wäre. Ein Mann wurde vorübergehend festgenommen. (Tsp)

K L A R S T E L L U N G :

Am Freitag den 8.10 gab es im Zusammenhang mit dem Konzert im Quatier, wo folgende Gruppen spielten:the What for,the voice u. angelic upstarts,Auseinandersetzungen zwischen ANTIFASCHISTEN und FASCHISTEN!
In der kreuzberger Gerüchteküche u. der bürgerlichen Presse wird die Auseinandersetzung auf eine Schlägerei zwischen Autonomen u. Skinheads reduziert.

HIER BEDARF ES EINER KLARSTELLUNG:

Das Konzert wurde von relativ unpolitischen Skins(O-Ton -the voice- man muß nicht gleich ein Neonazi sein,bloß weil wir was gegen Kanacken haben)vorbereitet.
Der Vorverkauf wurde jedoch u.a. vom Haloween ,einen Klamottenladen in der Suarezstr in Charlottenburg übernommen.
Der Laden wird von Leuten aus der Nationalen Front betrieben und auch besucht.
Vom Keltenkreuz T-Shirt und Reichskriegsflagge bis zur Skrewdriver Platte,ist dort alles zu bekommen was das Naziherz begehrt .

Beim Konzert wurden hochgradige Nazis aus der NF ehemalige FAP'ler oder faschistische Schläger aus dem Hertha-"Fanclub"-Endsieg, welche auch schon bei anderen Faschoüberfällen dabei waren,erkannt.

Nachdem wir gegen diese gezielt vorgegangen sind,entwickelte sich daraus eine regelrechte Straßenschlacht,die sich über eine Viertelstunde hinzog.
In dieser Zeit mußten wir uns gegen eine überzahl von Faschisten und anderen Dummköpfen verteidigen.
Bei Eintreffen der Bullen,was einer Verstärkung der Faschos gleichkam. zogen wir uns geschlossen zurück.

Wir verstehen nicht,daß angebliche Antifaschisten,nach dieser Auseindersetzung weiter mit den Faschos auf diesem Konzert rumhingen und sich als kommentierende Beobachter ihr Maul zerrissen.

SCHLAGT DIE FASCHISTEN WO IHR SIE TREFFT,heißt für uns,sie auch dort anzugreifen,wo sie meinen unangreifbar zu sein!
Wenn Leute aus der Scene meinen,Ihre Augen zu verschließen und mit der ganzen Sache nichts zu tun zu haben,BRAUCHEN SIE SICH NICHT ZU WUNDERN WENN SIE ZWISCHEN DIE FRONTEN GERATEN!!!

KEINEN MILLIMETER FüR DIE NAZIBRUT!!!



VORBEREITUNGEN FÜR DEN KLASSEN-KRIEG IN GROSSBRITANNIEN

In Großbritannien sind die Knäste überfüllt. Deshalb sollen in Zukunft bestimmte Verurteilte in "begrenzte Freiheit" entlassen werden.
In dieser"Überwachten Freiheit" sollen sie dazu beitragen, den von ihnen angerichteten Schaden wiedergutzumachen. Sprich: Zwangsarbeit nicht im Knast, sondern draußen. Kernstück dieser neuesten Repressionsentwicklung ist, daß die Personen ein elektronisches Kontrollgerät - ähnlich einer großen Armbanduhr - zur vollständigen Überwachung ihrer Bewegungen und ihres Tagesablaufes tragen. Damit könnten die Justizbehörden auch Auflagen überprüfen.

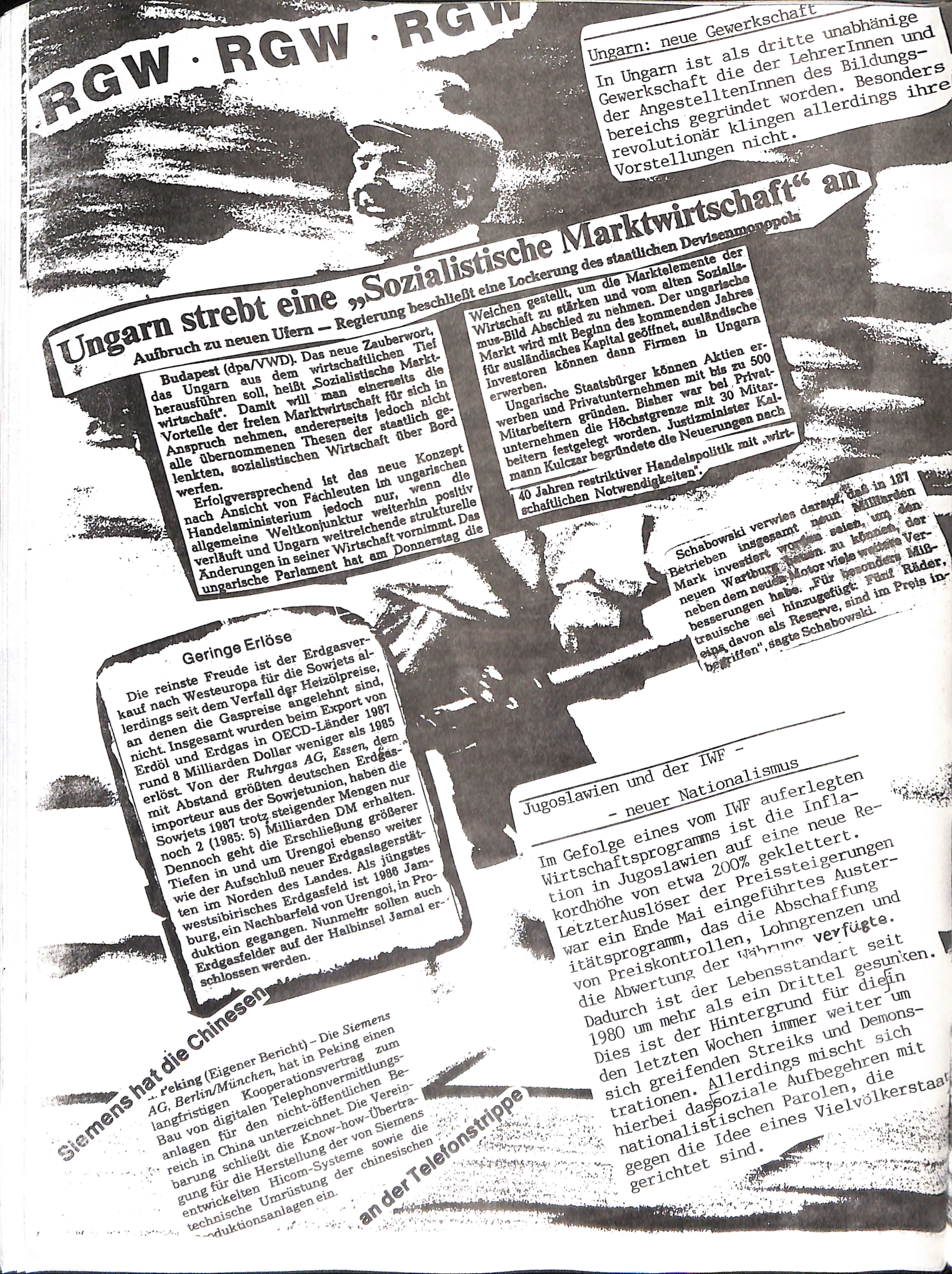
Sicherheitshalber will die Regierung aber außerdem neue Knäste für 22.000 Gefangene bauen lassen und 1.100 Bullen zusätzlich einstellen. Seit 1979 ist die Zahl der Bullen allein in England und Wales um 13.000 gestiegen.

SCHWEIN BOTHA VERBUDDELT SCHWEIN STRAUSS

Beim allgemeinen Schweinetreffen anläßlich von Strauß' Beerdigung traf Rassistenboß Botha aus Südafrika mit Bundesschwätzer Kohl zusammen. Um die 150 DemonstrantInnen gegen die Rassistenpolitik zu umgehen, mußte er durch einen Hintereingang ins Aquarium der Münchner Residenz eingeschleust werden, zum Leichenschmaus mit der übrigen Bagage.
Die bayrische Staatskanzlei hatte die Ankunftszeit Bothas aus Sicherheitsgründen zunächst öffentlich nicht bekanntgegeben und dies damit begründet, über die genaueren Umstände der Ankunft nicht informiert worden zu sein.
Starke Polizeieinheiten riegelten dann am Freitag die Residenz und auch den Liebfrauendom aus Sicherheitsgründen weiträumig ab.
Der Gast aus Südafrika betrat den Liebfrauendom am Mittag mit hochgezogenem Mantelkragen und tief ins Gesicht gezogenem Hut.
Im Zentrum von München hinter dem Rathaus entfernten Polizeibeamte etwa zur gleichen Zeit ein Anti-Botha-Transparent, das Unbekannte an einem Gerüst angebracht hatten. "Botha- Rassist. ANC. Free Mandela" stand darauf.

ISRAEL: PALÄSTINENSER AUSROTTEN; WENN SIE NICHT ZU BESIEGEN SIND!

Der israelische Verteidigungsminister Rabin wurde am Samstag vom israelischen Rundfunk mit der Äußerung zitiert, es sei seine Politik, unter den Arabern Verluste herbeizuführen, um deren Aufstand niederzuwerfen. Die "Unruhestifter" sollten Verluste und Verletzungen erleiden, damit sie wüßten, daß Festnahmen noch nicht das letzte Mittel seien. Seit Beginn des Aufstandes seien 7.000 Palästinenser verletzt und 18.000 festgenommen worden. Von ihnen seien noch 5.600 in Haft. 2.000 von diesen müßten ohne Gerichtsverfahren Strafen von bis zu 6 Monaten verbüßen.
Die Zahl der umgebrachten Palästinenser ist inzwischen auf 292 gestiegen.



RGW · RGW · RGW

Ungarn: neue Gewerkschaft

In Ungarn ist als dritte unabhänige Gewerkschaft die der LehrerInnen und der AngestelltenInnen des Bildungsbereichs gegründet worden. Besonders revolutionär klingen allerdings ihre Vorstellungen nicht.

Ungarn strebt eine „Sozialistische Marktwirtschaft" an

Aufbruch zu neuen Ufern – Regierung beschließt eine Lockerung des staatlichen Devisenmonopols

Budapest (dpa/VWD). Das neue Zauberwort, das Ungarn aus dem wirtschaftlichen Tief herausführen soll, heißt „Sozialistische Marktwirtschaft". Damit will man einerseits die Vorteile der freien Marktwirtschaft für sich in Anspruch nehmen, andererseits jedoch nicht alle übernommenen Thesen der staatlich gelenkten, sozialistischen Wirtschaft über Bord werfen.

Erfolgversprechend ist das neue Konzept nach Ansicht von Fachleuten im ungarischen Handelsministerium jedoch nur, wenn die allgemeine Weltkonjunktur weiterhin positiv verläuft und Ungarn weitreichende strukturelle Änderungen in seiner Wirtschaft vornimmt. Das ungarische Parlament hat am Donnerstag die Weichen gestellt, um die Marktelemente der Wirtschaft zu stärken und vom alten Sozialismus-Bild Abschied zu nehmen. Der ungarische Markt wird mit Beginn des kommenden Jahres für ausländisches Kapital geöffnet, ausländische Investoren können dann Firmen in Ungarn erwerben.

Ungarische Staatsbürger können Aktien erwerben und Privatunternehmen mit bis zu 500 Mitarbeitern gründen. Bisher war bei Privatunternehmen die Höchstgrenze mit 30 Mitarbeitern festgelegt worden. Justizminister Kulczar begründete die Neuerungen nach 40 Jahren restriktiver Handelspolitik mit „wirtschaftlichen Notwendigkeiten".

Schabowski verwies darauf, daß in 187 Betrieben insgesamt neun Milliarden Mark investiert worden seien, um den neuen Wartburg bauen zu können, der neben dem neuen Motor viele weitere Verbesserungen habe. „Für besonders Mißtrauische sei hinzugefügt: Fünf Räder, eins davon als Reserve, sind im Preis inbegriffen", sagte Schabowski.

Geringe Erlöse

Die reinste Freude ist der Erdgasverkauf nach Westeuropa für die Sowjets allerdings seit dem Verfall der Heizölpreise, an denen die Gaspreise angelehnt sind, nicht. Insgesamt wurden beim Export von Erdöl und Erdgas in OECD-Länder 1987 rund 8 Milliarden Dollar weniger als 1985 erlöst. Von der *Ruhrgas AG, Essen,* dem mit Abstand größten deutschen Erdgasimporteur aus der Sowjetunion, haben die Sowjets 1987 trotz steigender Mengen nur noch 2 (1985: 5) Milliarden DM erhalten. Dennoch geht die Erschließung größerer Tiefen in und um Urengoi ebenso weiter wie der Aufschluß neuer Erdgaslagerstätten im Norden des Landes. Als jüngstes westsibirisches Erdgasfeld ist 1986 Jamburg, ein Nachbarfeld von Urengoi, in Produktion gegangen. Nunmehr sollen auch Erdgasfelder auf der Halbinsel Jamal erschlossen werden.

Jugoslawien und der IWF – neuer Nationalismus

Im Gefolge eines vom IWF auferlegten Wirtschaftsprogramms ist die Inflation in Jugoslawien auf eine neue Rekordhöhe von etwa 200% geklettert. LetzterAuslöser der Preissteigerungen war ein Ende Mai eingeführtes Austeritätsprogramm, das die Abschaffung von Preiskontrollen, Lohngrenzen und die Abwertung der Währung verfügte. Dadurch ist der Lebensstandart seit 1980 um mehr als ein Drittel gesunken. Dies ist der Hintergrund für die in den letzten Wochen immer weiter um sich greifenden Streiks und Demonstrationen. Allerdings mischt sich hierbei das soziale Aufbegehren mit nationalistischen Parolen, die gegen die Idee eines Vielvölkerstaat gerichtet sind.

Siemens hat die Chinesen an der Telefonstrippe

Peking (Eigener Bericht) – Die *Siemens AG, Berlin/München,* hat in Peking einen langfristigen Kooperationsvertrag zum Bau von digitalen Telephonvermittlungsanlagen für den nicht-öffentlichen Bereich in China unterzeichnet. Die Vereinbarung schließt die Know-how-Übertragung für die Herstellung der von Siemens entwickelten Hicom-Systeme sowie die technische Umrüstung der chinesischen Produktionsanlagen ein.

ALGERIEN

ALGERIEN - NICHTS GENAUES WEISS MAN/FRAU NICHT

Was in Algerien los ist, füllt seit anderthalb Wochen die Zeitungen. Über die Situation Algeriens im internationalen politisch-wirtschaftlichen Zusammenhang erfahren wir nichts dabei. Die Medien begnügen sich mit der Erscheinungsform der wirtschaftlichen "Misere" im Land: das starke Bevölkerungswachstum, sinkende Deviseneinnahmen, Korruption und Mißwirtschaft, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. Der Staat ist wegen der sinken Deviseneinnahmen (niedrige Ölpreise) zu Einsparungen gezwungen. Die staatlich gelenkte Wirtschaft und die festen Wechselkurse stärken den Schwarzhandel, an dem sich einige schamlos bereichern. Vor allem diejenigen, die Beziehungen zu staatlichen Stellen haben.

Wird das Volk tatsächlich durch die Raffgier einiger tausend der Oberschicht ausgehungert? Diese Interpretation nützen die Medien, von der taz bis zur FAZ, um die "Liberalisierung" der algerischen Wirtschaft zu fordern. Das heißt, Privatisierung der Wirtschaft, Öffnung für das internationale Kapital. Die taz mokiert sich doch tatsächlich darüber, daß Algerien bisher nicht bereit war, sich dem IWF-Diktat zu unterwerfen, das solche Maßnahmen mit den sattsam bekannten Folgen festschreibt.
Wir wüßten gerne mehr über die Rolle der internationalen Konzerne bei der wirtschaftlichen Situation Algeriens. Z.B. für welche Schwachsinns-Investitionen das Land die hohen Auslandsschulden aufgehäuft hat. Z.B. wie der Ölpreis"verfall" strategisch eingesetzt wird, um die ölproduzierenden Länder zu verschulden. Z.B. über die Folgen der französischen Kolonialzeit. Die Menschen in Algerien scheinen dazu durchaus eine Meinung zu haben. Es ist sicher kein Zufall, daß gezielt die Büros von internationalen Fluggesellschaften plattgemacht wurden. Über die Gründe dafür ist hier nichts in Erfahrung zu bringen.

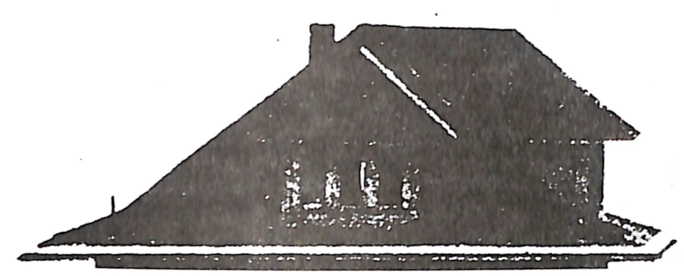
WELCHE ROLLE SPIELEN DIE ISLAMISCHEN FUNDAMENTALISTEN?

Die jüngsten Unruhen in Algerien sind Folge eines ganzen Bündels unbewältigter sozialer Probleme in dem Einparteienstaat, in dem 60 % der 25 Mio EinwohnerInnen jünger als 20 Jahre sind. Der Preisverfall auf den Weltmärkten für die Haupteinnahmequellen des Landes, Öl und Gas, ein drastisches Sparprogramm der Regierung von Staatspräsident Bendjedid bei dennoch 40-prozentiger Inflation und eine in den Großstädten enrom hohe Arbeitslosigkeit von bis zu 40% haben sozialen Zündstoff angehäuft, der sich in einer politisch zunächst ungelenkten Massenwut gegen die wenigen Wohlhabenden entzündet hat.

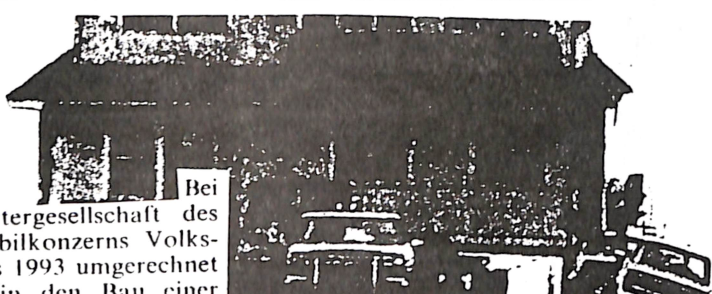
In Algerien gibt es seit dem Militärputsch von 1965 als politische Partei nur die Nationale Befreiungsfront. Sozialismus gilt als einziger Weg zur nationalen Unabhängigkeit, der Islam ist Staatsreligion. Islamische Fundamentalisten der bislang unbekannten Bewegung für die Erneuerung Algeriens haben am Donnerstag erklärt, die Rebellion werde von ihnen gelenkt. Sie forderten den Rücktritt der Regierung, aber nicht den Rücktritt Bendjedins. In der Bevölkerung werden die Wirtschaftsprobleme nicht dem Staatspräsidenten angelastet, sondern "Schmarotzern", die die Verwirklichung seiner Politik aufhalten.

Doch am Donnerstag riefen die jugendlichen Aufrührer noch bei der Demolierung von Luxusrestaurants und Geschäften die Namen algerischer Fußballvereine. In Sprechchören wurde gegen die hohen Lebenshaltungskosten und die reichen "Fettsäcke" gewettert. Bisher blieb unklar, ob die Fundamentalisten nachträglich die Führung des Aufruhrs übernahmen, um daraus politisches Kapital zu schlagen, oder ob sie ihn von Anfang an geplant haben.
Zu den tieferliegenden sozialen Problemen des Landes haben sie sich jedenfalls bisher nicht geäußert.

AUTOINDUSTRIE



VOLKSWAGEN WILL PRODUKTION NACH BELGIEN VERLEGEN



Bei der belgischen Tochtergesellschaft des Wolfsburger Automobilkonzerns Volkswagen AG werden bis 1993 umgerechnet eine Milliarde DM in den Bau einer neuen Fabrikhalle und einer Lackiererei investiert. Das Management begründet das Projekt mit der Einführung des Golf-Nachfolgemodells im Jahre 1991 in unserem Nachbarland. Bis dahin soll der Neubau fertiggestellt sein.

Das Werk in Brüssel produziere kostengünstiger als etwa die deutschen VW-Werke, obwohl der Automatisierungsgrad niedriger sei.

Die Kapazitäten des im Zwei-Schicht-Betrieb arbeitenden Werkes sind voll ausgelastet. Die Einführung einer dritten Schicht würde Erleichterung bringen, mache aber zugleich Neueinstellungen erforderlich, sagte Personalvorstand Guy Mollet.

Geringere Steuerbelastungen, niedrigere Löhne und günstigere Fixkosten seien die Gründe für das vergleichsweise niedrige Kostenniveau. Daher will man auch in der neuen Fabrik den Einsatz von Robotern „nicht überstrapazieren", wird versichert. Im Rahmen der Konzernstrategie bemühe man

sich, die Fertigungstiefe zu verringern Derzeit liegt der Zulieferungsanteil belgischer Unternehmen bei 35 Prozent. De größere Teil entfällt auf Lieferungen au deutschen VW-Werken. Mehr als 9(Prozent der belgischen VW-Fahrzeug(gehen in den Export: 41 Prozent davor nach Deutschland, 23 Prozent nach Italien und 22 Prozent nach Frankreich. In Belgien ist der VW-Konzern einschließlich der Tochtergesellschaften Audi und Seat derzeit mit 16,3 Prozent Anteil Marktführer auf dem Autobobilmarkt für Personenkraftfahrzeuge. Das Modell Golf stehe mit 6,2 Prozent unter den zugelassenen Fahrzeugen auch in unserem Nachbarland an der Spitze der Statistik.

...UND NACH SPANIEN

Klarheit über die Zukunft der „Polo"-Produktion haben der Betriebsrat der Volkswagen AG, Wolfsburg, und die IG Metall vom Vorstand des Unternehmens verlangt. Nach einer einstündigen Arbeitsniederlegung in drei Wolfsburger Montagehallen, an der sich am Donnerstag über 3000 Mitarbeiter beteiligten, wurde am Freitag ein Flugblatt der IG Metall verteilt. Darin wird gefordert, die „Polo"-Produktion in Wolfsburg beizubehalten. Das Werk brauche künftig ein zweites Standbein neben der „Golf"-Fertigung. Ein Betriebsratssprecher sagte dazu auf Anfrage, die Absicht des VW-Vorstandes sei bekannt, die „Polo"-Produktion komplett nach Spanien zu verlagern. Der Betriebsrat habe aber zugestanden, über Kostensenkungsmaßnahmen in den deutschen Werken mit sich reden zu lassen und sie auch umzusetzen. Eine Verlagerung werde damit nicht mehr nötig. Die Vorschläge jedoch seien noch nicht konkret. Dies werde sich in den nächsten Wochen ergeben.

Zur Zeit laufen neben rund 3500 Fahrzeugen des Modells „Golf" in Wolfsburg auch täglich rund 500 „Polo" vom Band. Wenn im spanischen Seat-Werk in Pamplona eine zweite Schicht eingeführt würde, könnten dort statt bisher 500 dann auch 1000 Wagen dieses Typs gebaut werden. In Wolfsburg gingen in diesem Fall mehr als 4000 Arbeitsplätze verloren.

Autoteile für Opel aus Ungarn

Budapest (vwd) – Die Elektro- und Eisen-Industrie-Kooperative in Szombathely/Westungarn wird in Kürze die Herstellung von Kabeln für Opel-Pkw aufnehmen. Wie die ungarische Nachrichtenagentur MTI weiter mitteilte, werden dabei Maschinen eingesetzt, die von der österreichischen Firma Packar erworben wurden. Die *General Motors Corp., Detroit,* Mutter der *Adam Opel AG, Rüsselsheim,* wird für diesen Auftrag mit der Lieferung von einigen hundert Opel-Pkw bezahlen. Die Kooperative erwartet aus der Kooperation Einnahmen von 32 Mill. Forint in harter Währung.

Ford baut neue Fabrik in Spanien

Der amerikanische Automobilkonzern Ford wird seine neue Fabrik, in der vorwiegend Elektroteile für Autos hergestellt werden sollen, jetzt in Spanien, und zwar an der Bucht von Cadiz bauen. Zunächst hatte Ford geplant, die Fabrik im schottischen Dundee zu errichten, konnte aber mit den britischen Gewerkschaften zu keiner zufriedenstellenden Übereinkunft kommen. Investitionen von umgerechnet knapp 140 Millionen DM sind vorgesehen. Rund 700 Arbeitsplätze werden durch diese neue europäische Fabrik von Ford neu geschaffen. Der Großteil der Produktion ist für den Export bestimmt. Die Entscheidung fiel nach monatelangen Gesprächen zwischen dem amerikanischen Unternehmen und dem spanischen Industrieministerium, das „wesentliche Unterstützung" zusicherte. Der Standort der neuen Fabrik an der Atlantikküste liegt im Industriegebiet von Cadiz, einer Zone, die in den letzten Jahren durch die Umstrukturierung der staatlichen Werftindustrie zahlreiche Arbeitsplätze verloren hat. Ford hat schon eine Autofabrik in der Nähe von Valencia, in der täglich zwischen 1200 und 1400 Wagen vom Typ Fiesta hergestellt werden.

Oberbürgermeister verbot die NPD-Kundgebungen

Wenn sich der Wille des Magistrats durchsetzt, dann wird am kommenden Samstag keine einzige Veranstaltung der NPD in Frankfurt stattfinden. Der Oberbürgermeister hat nämlich am Montag die beiden in Bornheim und Harheim angemeldeten Kundgebungen der rechtsradikalen Partei verboten. Zugleich erklärte die städtische Saalbau GmbH den Mietvertrag im Haus Ronneburg für null und nichtig, weil die NPD die geforderte Kaution von 100 000 Mark nicht bezahlt habe. Nun will sich die Partei das Versammlungsrecht in dem Bürgerhaus vor dem Verwaltungsgericht erstreiten.

Falls sich die NPD am Samstag, jeweils um 15 Uhr in Alt-Harheim und am Merianplatz versammele, so begründet das Ordnungsamt seine Verbotsverfügung, sei mit Straßenkämpfen zu rechnen und deshalb die öffentliche Sicherheit nicht mehr gewährleistet. Die NPD habe für diese Auftritte die Emotionen bei ihren „gewaltbereiten Mitgliedern und Sympathisanten" durch die Parole „Frankfurt muß eine deutsche Stadt bleiben" angeheizt.

Ihre Nachwuchsorganisation verkünde in einem Aufruf, „diese Demo wird unter allen Umständen stattfinden" und prophezeie „ein Zeichen, das Deutschland nicht übersehen wird". Trotz „roten Terrors und mehr als 25 Prozent Ausländeranteil", so belegt der Oberbürgermeister in einer Presseerklärung die Hetze in dem Pamphlet mit einem weiteren Zitat, gelte es die Stadt an diesem Tag „unter unseren Fahnen zuzudecken".

Während am Montag noch unklar war, ob die NPD das Verbot vor dem Verwaltungsgericht anfechten wird, ist ein Eilantrag gegen das Kautionsverlangen für den Saal im Haus Ronneburg bereits gestellt worden. Darüber wird das Gericht am Mittwoch entscheiden. Saalbau-Geschäftsführer Andreas Eichstädt, unter Wallmann noch OB-Referent, hatte den Vertrag am letzten Freitag gekündigt, weil die NPD die bis 12 Uhr mittags gesetzte Frist für die Zahlung der Kaution verstreichen ließ.

Eichstädt hatte der NPD bereits am 23. September die Sicherheitsleistung von 100 000 Mark auferlegt, um das Schadensrisiko für den Fall von Krawallen in dem Bürgerhaus abzudecken. Der Geschäftsführer bezog sich dabei auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofes in Baden-Württemberg, das im April 1987 eine entsprechende Auflage bei einer Versammlung der Landes-NPD für Rechtens erklärt hatte.

Die NPD stellte beim Verwaltungsgericht den Antrag, ihr den Saal ohne Kautions-Klausel zu überlassen. Dabei führte sie an, der Betrag von 100 000 Mark übersteige bei weitem ihre finanziellen Möglichkeiten und bewirke deshalb den Verzicht auf die Wahlveranstaltung. Das Gericht hat der Partei aufgegeben, diese Konsequenz nachzuweisen.

Die Saalbau muß am Mittwoch, ab 11 Uhr „glaubhaft machen", daß ihr bereits bei früheren NPD-Veranstaltungen Sachschäden entstanden sind, die eine Sicherheitsleistung begründen.

Auch Antifaschisten suchen den Rechtsweg

Zwischen dem Koordinierungsausschuß für eine Demonstration antifaschistischer Gruppen gegen die NPD-Präsenz am Samstag in Frankfurt und der Ordnungsbehörde droht ein Rechtsstreit über den Marschweg. Sprecher des Ausschusses übten am Montag im Gewerkschaftshaus scharfe Kritik an der Stadt, weil diese eine angemeldete Route durch Bornheim nicht genehmigen wolle. Die Behörde habe am Montagmorgen noch mit der Nähe zu dem geplanten Kundgebungsort der NPD, am Merianplatz, argumentiert.

Nach dem Verbot für die NPD-Versammlung unter freiem Himmel rechnen die Anmelder nunmehr freilich mit dem Einlenken der Ordnungsbehörde, andernfalls wollen sie ihren Weg vor dem Verwaltungsgericht durchsetzen.

Die Gruppen aus Frankfurt, Neu-Isenburg, Darmstadt und Wiesbaden werden auch dann demonstrieren, wenn die NPD am Samstag überhaupt nicht in Erscheinung tritt. Die Gründe dafür seien auch dann nicht entfallen, weil „ein neofaschistisches Potential verhanden ist".

Gerade in Bornheim hätten die Rechtsextremen durch Sprühparolen, Brandstiftungen in türkischen Geschäften und durch Informationsstände immer wieder ausländerfeindliche Akzente gesetzt. Deshalb müsse gerade in diesem Stadtteil der Bezug zur politischen Realität hergestellt werden.

Dem Ordnungsamt und der Polizei wurde bei der Pressekonfernez vorgeworfen, sie wollten sich mit den „unannehmbaren" Auflagen „eine Legitimation schaffen, um die geplante Demonstration zu zerschlagen".

Mit Gaspistolen gegen Türken

– In der Innenstadt von Hannover ist es am Wochenende wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Skinheads und türkischen Jugendlichen gekommen. Die Polizei versuchte vergeblich, ein Aufeinandertreffen der gegnerischen Gruppen zu verhindern. Es gab mehrere Verletzte auf beiden Seiten.

Schon seit über einem Monat kommt es besonders an den Wochenenden in Hannovers Fußgängerzone zu Straßenkämpfen zwischen Neonazis und Ausländergruppen. Orte der Schlägereien sind meist die Eingangsbereiche der Skinhead-Discos „Disco Duck" und „Checkers". Mit Baseballschlägern, Leuchtraketen und Gaspistolen machen rechtsradikale Schlägertrupps Jagd auf Türken und linke Deutsche. Mittlerweile waren eine Reihe Krankenhausaufenthalte und vorübergehende Festnahmen mit Ermittlungsverfahren die Folge.

Seit einiger Zeit mischen sich auch antifaschistische Gruppen in die Auseinandersetzung. Unter dem immer wieder skandierten Motto „Nazis vertreiben — Ausländer bleiben" entwickelten sich mehrere Spontandemonstrationen, zu dem ein Bündnis linker Gruppen aufgerufen hatte. So bekundeten jüngst 200 Antifaschisten ihre Solidarität mit den angegriffenen Türken.

Die neu entbrannten Kämpfe sind eine Entwicklung, die mit der Kandidatur der rechtsradikalen „Freiheitlichen Arbeiterpartei" (FAP) im Kommunalwahlkampf 1986 angefangen hatte. Mitglieder der FAP verprügeln seither regelmäßig Ausländer und überfallen Kneipen. Gerade erst feierten die als Hilfsgarde der FAP agierenden Skinheads mit Sekt und neuen Schlägereien ihren Freispruch im Prozeß um den von ihnen vor zwei Jahren zerlegten Negertreffpunkt „Exil". Die FAP und ihre militante Abspaltung „EK 1" verübte in der Vergangenheit mehrere Brandschläge und einen Überfall auf ein Waffengeschäft. Wie sich später herausstellte, geschahen die Aktionen teilweise mit Wissen des niedersächsischen Verfassungsschutzes. Seitdem vorwiegend Autonome im vergangenen Sommer die Gebäude der ehemaligen Sprengelfabrik besetzten, wurden sie regelmäßig von Neonazigruppen bedroht. Für einen Punk endete das Aufeinandertreffen lebensgefährlich mit einem Messer im Rücken. Im Jugendausschuß des Stadtrates wurde zwar beschlossen, zu dem Thema eine Anhörung zu veranstalten. Doch Projekte wie das hannoversche „Projekt gegen Gewalt in Fußballstadien" müssen nach wie vor um ihre finanzielle Existenz bangen.

Selbstsicher erklärte der CDU-Sozialdezernent, Ernst August Schäfer, kürzlich: „Es ist keinesfalls so, daß die Ereignisse der letzten Wochen das Jugendamt aus einem Tiefschlaf gerissen hätte." Im neuesten Jugendpflegeplan ist die Problematik dem Jugendamt allerdings nur eineinhalb Seiten wert.

Besetztes Haus brutal geräumt

Das Haus in Sachsenhausen war nur wenige Stunden in der Hand von 13 jungen Leuten

Gebäude stand lange leer

FRANKFURT Donnerstag, 13. Oktober 1988

Von unserem Redaktionsmitglied Jürgen Schenk

Eine Hausbesetzung in Sachsenhausen endete am Dienstagmorgen mit einem ungewöhnlich brutalen Einsatz der Polizei. Die Beamten fielen über rund 30 Freunde der Hausbesetzer her, die vor dem Gebäude Oppenheimer Landstraße 1 standen, und schlugen mit den Fäusten auf sie ein, ohne daß es Provokation gegeben hätte. An den Haaren schleiften sie drei von ihnen über die Fahrbahn und traten sie. 13 Hausbesetzer und vier Personen, die vor dem Haus gestanden hatten, wurden in Handschellen abgeführt, unter ihnen die Stadtverordnete der Grünen, Manon Tuckfeld. Im Polizeigewahrsam Klapperfeld mußten sich Festgenommenen nackt ausziehen und untersuchen lassen. Die Polizeiaktion erfolgte für ein Haus, das seit Jahren leersteht und der Bankiersfamilie Metzler gehört.

Bei den Besetzern handelt es sich durchweg um Schüler, Studenten und Lehrlinge, die zum Teil schon seit Jahren versuchen, preiswerten Wohnraum zu finden. Am Dienstag, kurz nach fünf Uhr, waren die jungen Leute über einen Hintereingang in das Gebäude eingedrungen. Durch den Anruf eines Rundfunkjournalisten um 9.20 Uhr wurde die Polizei überhaupt erst auf die Besetzung aufmerksam. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Besetzer bereits die Eingangstür zum Haus mit Ketten, Latten und einem Stützpfeiler verbarrikadiert. Kurz vor zehn Uhr glich diese Ecke in Sachsenhausen einem Heerlager. Mindestens 15 Streifen- und Mannschaftswagen waren aufgefahren.

Um 9.45 Uhr machten sich Polizeibeamte daran, die Haustür aufzubrechen und anschließend mit einem Bolzenschneider die Ketten durchzukneifen, was einige Zeit in Anspruch nahm. Rund 30 Freunde der Besetzer sowie eine etwa gleich große Zahl von Anwohnern beobachteten die Aktion der Polizei. Die jungen Leute, die da herausgeholt werden sollten, riefen aus den Fenstern im ersten Stock: „Wir suchen zum Teil schon drei bis vier Jahre billige Wohnungen und bekommen sie nicht." Ihre Besetzung hatten sie unter das Motto gestellt „Schneller Wohnen".

Kurz nach zehn Uhr hatte die Polizei die Tür geöffnet, die Personalien der Besetzer festgestellt und sie zum Hauseingang gebracht. Als der Gefangenenwagen kam und die Beamten die dort stehenden Personen abdrängten, um die festgenommenen Hausbesetzer abzuführen, kam es zur Eskalation. Eine junge Frau warf eine Zigarettenschachtel weg — und plötzlich stürzten sich rund zehn Beamte auf die Gruppe und schlugen mit den Fäusten auf sie ein. Die Jugendlichen wehrten sich gegen die Schläge. Daraufhin griffen die Polizisten härter zu. Drei der Sympathisanten der Hausbesetzer Richtung Walter-Kolb-Straße gezerrt. Ein Polizeibeamter, der einen jungen Mann auf diese Weise wegzog, hatte hinterher die Hand voller Haarbüschel. Manon Tuckfeld appellierte über Megaphon, diese Übergriffe zu unterlassen. Daraufhin wurde auch sie von Beamten angegriffen, zu Boden geworfen und 30 Meter weit über den Gehsteig geschleift.

Selbst ältere Sachsenhäuser, die die Szene beobachteten, reagierten erregt. „Das ist ein total willkürlicher Einsatz", meinte ein Mann. Im Würgegriff und mit nach hinten hochgebogenen Armen wurden Frau Tuckfeld und die anderen 16 Festgenommenen zum Gefangenenbus gezerrt. Dort bekamen alle Handschellen angelegt. Der Hausbesetzer, der den Baum hochgeklettert war, befand sich unter ihnen. Er war freiwillig heruntergekommen. Lutz Sikorski, Geschäftsführer der Grünen, meinte: „Hier wird kein Verständnis für junge Leute ohne Wohnung gezeigt." Seit Jahren ließe die Bankiersfamilie Metzler dieses Haus, unbeanstandet durch die Stadt, leerstehen, obwohl akute Wohnungsnot herrsche.

Bankier Friedrich von Metzler reagierte auf Anfrage äußerst zurückhaltend. Es sei im Interesse seiner Familie, die schon mehrere ältere Gebäude in Frankfurt erworben habe, sie wieder instand zu setzen. So sei es auch in diesem Fall. Stadtkämmerer Ernst Gerhardt erklärte, die Stadt stehe schon seit einiger Zeit mit der Bankiersfamilie in Verhandlungen, um das Haus als Repräsentanz für ein Wirtschaftsunternehmen von außerhalb nutzen zu können. Auf das Problem der Zweckentfremdung von Wohnraum angesprochen, meinte er: „Es gibt genug Möglichkeiten, Ersatzwohnraum zu schaffen."

Während der Kämmerer diese Worte sprach, mußten sich die Festgenommenen im Polizeigewahrsam vollständig ausziehen, abtasten und intim untersuchen lassen. Am Nachmittag, nach der erkennungsdienstlichen Behandlung, wurden alle 17 wieder freigelassen.





Bombenanschlag auf das Verwaltungsgebäude der AEG-Marinetechnik in Bremen-Vegesack. Es entstand beträchtlicher Schaden.

Sprengstoffanschlag in Bremen auf AEG-Marinetechnik

— Auf das Gebäude der AEG-Marinetechnik im Bremer Stadtteil Vegesack ist in der Nacht zum Sonntag ein Sprengstoffanschlag verübt worden. Die Fassade wurde beschädigt, Fensterscheiben gingen zu Bruch, im Erdboden an der Hinterfront des Gebäudes entstand ein 50 Zentimeter tiefes Loch.

Gestern wurde das Gelände von der Polizei weiträumig abgesperrt. In die Ermittlungen schaltete sich auch das Bundeskriminalamt in. Ein Bekennerschreiben der Täter liegt bisher nicht vor. In dem Gebäude arbeiten rund 200 Ingenieure und Techniker. Ihr Job ist die Entwicklung von seegestützten Waffen. Zum Beispiel werden dort die Startbahnen für die Flugabwehrraketen des Systems RAM konstruiert. Mit diesem System sollen in den 90er Jahren *sämtliche* Kriegsschiffe der Nato ausgerüstet werden. Weiteres Aufgabengebiet der AEG-Marinetechnik ist die Weiterentwicklung der Feuerleitsysteme für die Schnellboote der Bundeswehr — Typenbezeichnung „143 Bravo".

Außerdem entwickeln die Bremer AEG-Techniker Elektronik für Minenkampfboote. Die AEG-Marinetechnik ist untergebracht im früheren Verwaltungsgebäude der landeseigenen Bremer „Vulkan AG" im Stadtteil Vegesack. Der Schaden wird auf mehrere hunderttausend DM geschätzt.

SPD: Bei Mai-Krawallen auch Verfassungsschützer festgenommen

Bei den Auseinandersetzungen in Kreuzberg vom 1. auf den 2. Mai dieses Jahres ist nach Informationen des SPD-Abgeordneten Erich Pätzold auch ein Verfassungsschutz-Mitarbeiter wegen Landfriedensbruchs festgenommen und dem Haftrichter vorgeführt worden. Pätzold kritisierte gestern, daß der Fall bisher nicht in der parlamentarischen Kontrollkommission für den Verfassungsschutz erörtert wurde.

Offizielle Hinweise auf einen solchen Fall gibt es allerdings nur von dem SPD-Abgeordneten. Dieser hatte in einer parlamentarischen Anfrage zwar nach näheren Einzelheiten gefragt, vom Innensenator aber keine konkrete Antwort bekommen. In der Antwort hieß es lediglich, der Senat vermöge sich nicht öffentlich zu Fragen „der Führung geheimer Mitarbeiter" des Verfassungsschutzes äußern. Dies gelte „um so mehr für die Modalitäten des operativen Einsatzes solcher Mitarbeiter". Pätzold vermochte gestern nicht einzusehen, was diese Antwort mit der Frage nach einem Haftbefehl und dem weiteren Verfahren zu tun habe.

„Bundeswehr und Polizei kauften illegales Tränengas"

mib/ing WIESBADEN, 7. Oktober. Die Bundeswehr und die hessische Bereitschaftspolizei waren nach Angaben der Verkäufer Abnehmer von Chlor-Acetolphenon, das als Grundstoff für die Produktion von Tränengas dient und von Laien, die in Hinterhöfen Wiesbadens und der näheren Umgebung illegal arbeiteten, gemischt und abgefüllt wurde.

Aufmerksam auf diesen Fall wurden die Behörden der hessischen Landeshauptstadt durch drei Fässer, die aus Restbeständen der in den 70er Jahren in Konkurs gegangenen Bad Schwalbacher Firma Asmara-Chemie stammen und in einem unverschlossenen Schuppen eines Sportvereins in Taunusstein bei Wiesbaden gefunden wurden.

„Aufträge bekamen wir zum Beispiel von der hessischen Bereitschaftspolizei und von der Bundeswehr", sagte Jürgen Klehm, ehemaliger Mitarbeiter der Scharf-Chemie, einer Nachfolge-Firma der Asmara. Nach Informationen der FR wurden auch die Bereitschaftspolizeien anderer Bundesländer mit Zwanzig-Liter-Kanistern (Aufschrift „Augenreizstoffe") beliefert. „Daß wir mitten in einem Wohngebiet in Wiesbaden-Dotzheim gearbeitet haben, war nicht meine Sorge", sagte Klehm.

Der Pressesprecher des Hessischen Innenministeriums, Siegbert Seitz, bezeichnete die Angabe des Chemikalien-Verkäufers, die hessische Bereitschaftspolizei sei Abnehmer der illegalen Produkte gewesen, als „Quatsch". „Dafür gibt es keine konkreten Anhaltspunkte", sagte auch ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Wiesbaden, die wegen der Fässer ermittelt.

Die Banker sind weg - Der Kampf geht weiter!

Vom 17.-21. September 88 wird der Führer des IWF/WB Putsches´80, der Chef der türkischen faschistischen Junta, Evren die BRD und West Berlin besuchen.

Evren´s militärische Karriere:

- Ausbildung als Artillerieoffizier an der Eliteschule des türkischen Militärs, dem „war college"
- Beginn seiner Karriere als Befehlshaber des 4500 Mann starken türkischen Truppenkontingents unter dem Oberkommando der amerikanischen Interventionstruppen im Koreakrieg (1950)
- Beförderung zum Genral
- 1978 von CHP-Regierungschef Ecevit zum Generalstabschef ernennt (gegen die Favoriten Demirels, Esener)



Weizsächer und Evren

Evrens Besuch bildet den momentanen Höhepunkt an politischer Aufwertung des Folterregimes auf internationaler Bühne - insbesondere durch die BRD. Eingeladen wurde er von Bundespräsident Weizsäcker, der letztes Jahr in der Türkei den „Atatürk Preis" verliehen bekam.

- Bundespräsident von Weizsäcker drückte seine Zufriedenheit darüber aus, daß der Staatspräsident Evren bezüglich der Rückkehr zur Demokratie angekündigte Zeitplan genau eingehalten würde und wünschte, daß dies auch in Zukunft so fortgeführt wird . . .

Auf einer Pressekonferenz erklärte Weizsäcker bezüglich der Menschenrechte: „Ich habe erfahren, daß die türkischen Stellen Menschenrechtsverletzungen und Folterbehauptungen in sehr ernsthafter Weise nachgehen. Die konsequente Haltung der Türkei in dieser Frage hat mich gefreut. Es gibt keine fehlerlose Gesellschaft. Auch wir sind nicht fehlerlos. Verbrecher müssen bestraft werden . . Hürriyet vom 25. 9. 1986

Das was Evren und Weizsäcker "Demokratisierung" nennen, heißt die weitere Auspressung der Völker Kurdistans und der Türkei nach Vorstellungen des IWF/der WB. Der weitere Ausbau zur NATO-Base gegen die palästinensische Revolution und gegen die SU. Die Unterdrückung der Linken, antifaschistischen Kräfte in der Türkei und des nationalen kurdischen Befreiungskampfes mit allen Mitteln. Folter, Knast und Massaker.



Dagegen stehen die sich ständig ausweitenden Arbeitskämpfe der türkischen und kurdischen Arbeiter und Arbeiterinnen, die größten Streikbewegungen seit dem Putsch´80. Die Aktionen der Studenten und Studentinnen an den Uni's gegen Hochschulgesetz und Repression. Aktionen der sich reorganisierenden

türkischen revolutionären Linken und der Kampf des Kurdischen Volkes um die nationale Befreiung. In den Knästen gibt/gab es zahllose Hungerstreiks der Gefangenen gegen die Repression. Immer mehr Aktionen auch von revolutionären Fraunengruppen gegen Faschismus und Patriachat. Diesen Kämpfen gegen Faschismus, Kolonialismus, Imperialismus und Patriachat gilt unsere Solidarität. Gemeinsam mit vielen kurdischen und türkischen Freunden und Freundinnen, Organisationen wollen wir Evren mit einer internationalistischen, antifaschistischen Demo "empfangen". Zur Mobilisierung wird es Kundgebungen und wenn wir genug Leute sind Kurzdemos zwischen den Kundgebungen geben.



<u>Freitag</u> 14.10.88
16.30 h Hermannplatz
17.00 h Markt gegenüb[er] von Bilka
17.30 h Kotti

<u>Samstag</u> 15.10.88
11.00 h türkisches Konsulat

Am "Besuchstag" eine Großdemo!!!

FAŞİST EVREN DEFOL !

-FASCHIST EVREN RAUS!-

Faşizme karşı ileri
Vorwärts gegen den Faschismus!
Vorwärts für eine Demokratische Türkei und Freies Kürdistan !

Internationale Demostration am 15.10.88
um 10.30 Samstag Ort:Oliver Platz U-Bahn Adenauerplatz.

Was Männern so gut schmeckt
2. Teil

Als Fortsetzung zur Männerkiezküche
Ende Juli wollen wir uns mit Euch am
Mittwoch, den 19.10.88 erneut treffen.
Wir wollen die damals angefangene Diskussion
fortsetzen, auch wenn manche diesen
großen Rahmen als ungeeignet empfanden.
Längerfristig wollen wir auch eine Beständ-
igkeit schaffen, in der Typen sich aus-
tauschen, ohne die Infragestellung ihres
eigenen Verhaltens auszuklammern.
Als wir uns Anfang August wieder trafen,
um eine neue Küche vorzubereiten, wollten
wir eigentlich nur grob die Richtung fest-
legen, in die es gehen sollte. Doch wir
verhedderten uns bei jedem Thema in den
unterschiedlichen Erfahrungen, persönlichen
Erlebnissen und Kritikpunkten, kamen dabei
vom 100sten ins tausendste. Nicht unbedingt
Aufgabe einer Vorbereitungsgruppe, aber
spannend.

Das wir als Männer in den hier be-
stehenden politischen Zusammenhängen
in der Entwicklung von gemeinsamen
Lernprozessen, Veränderung, Verwand-
lung (Verschwulung) blockiert sind,
weil wir nicht als ganze Menschen
mit all unseren Gefühlen und
Widersprüchen aufeinanderzugehen,
sondern nur hinter unseren
theoretischen Ansprüchen (...),
Kleidern, Gehabe verstecken.

Diese gemeinsame politische Flucht vor
unserer privaten ... (flucht?) ...
ist oft das einzig kollektive in
unserem sogenannten kollektiven
K(r)ampf

Wenn wir es ernst meinen mit dem
kollektiven Kampf um Befreiung,
müssen wir erst den eigenen Knast
aus patriachalischer Zurichtung
und entgegengesetzten theoretischen
Ansprüchen knacken, in dem wir uns
begegnen indem, wo wir tatsächlich
stehen, dann Schritt für Schritt
lernen, wo wir als Menschen
hinwollen und wie das ausgehend
von unserer Realität gehen kann.
Auf so einer ehrlichen und persön-
lichen Ebene ist es auch am ehesten
möglich, von vornherein Konkurrenz-
verhalten, psychischer Ausbeutung
und Machtspielchen den Boden zu
entziehen, womit wir uns selbst einen
riesen Gefallen tun.

Es war ein großes Bedürfnis da, über das
"Patriachat im Kopf" und das "patriachale
Verhalten" von uns selbst zu reden.
Anfänglich hatten wir die Idee im Kopf, für
die kommende Männerkiezküche einige programm-
atische Thesen aufzustellen, bzw. einen
thematischen Rahmen anzugeben.
Dies ist uns nur ansatzweise gelungen. Denn
es ist wesentlich leichter, griffige Thesen
gegen den IWF aufs Papier zu bringen, als all
gemeingültige Aussagen zum eigenen patria-
chalen/sexistischen Verhalten herauszu-
arbeiten. Wir haben zwar gute Gespräche
geführt, aber es gelang uns nicht, allge-
meingültige Thesen aufzustellen, noch
fühlten wir uns dazu berufen.
Was haben wir eigentlich die ganzen Sonn-
tage geredet?

! Vergewaltiger auf dem Reichenberger
* Strassenfest
!! Eltern - die erste mißglückte Bezieh-
ungskiste/Muster aller folgenden Kisten?
!!! Welche Bedürfnisse leben die Szene-
männer mit oder in ihrer Beziehungs-
kiste aus (welche nur mit Frauen/
Männern, welche in politischen Zusammen-
hängen/nur privat)
!!!! Trennung von "Privatleben" und
"politischem Kampf" - Wer hat über-
haupt ein Interesse an der Aufhebung
dieser Trennung?

Uns ist an einer Diskussion gelegen,
die über die üblichen Standard-
flugblattweisheiten hinausgeht und
sich an den konkreten Verhaltensweisen
und am eigenen patriachalen/sexist-
ischen Gedankengut festmacht.

Laßt Euch von den schönen Worten auf
diesem Flugblatt nicht blenden und
faßt Mut - es gibt auch für Euch ein
besseres Leben nach dem Mann-sein!

Mi. 19.10.88 18.30 Uhr im Falkeladen

FALCKENSTEINSTRASSE 46 1 WB 36



Freitag 14.10.88 19.00 Uhr "Friede als Tat": zum 50. Todestag von Bart de Ligth ("Je mehr Gewalt, desto weniger Revolution") von Gernot Jochheim in Libertäres Forum in Mehringhor, Aufgang III, 1. Stock

Samstag 15.10.88 10:30 Uhr Intrnationale Demo anläßlich des Besuch Devrens, Olivar Platz (U-Bahn Adenauerplatz)

19:30 Uhr Soli-Fest für die Radios der FMLN im Statthaus Böcklerpark (U-Bahn Prinzenstraße) Eintritt 9 DM, dafür Jotakie (Euskadie Rock) und Saoco (Salsa) und Videos

Montag 17.10.88 19:00 Uhr IWF Verletzten-Treff im Mehringhof, Blauer Salon (übrigens, Photos, Zeugen, etc. werden immer noch gesucht, ruf bei Gesundheitsladen an 693 20 90

Dienstag 18.10.88 8:30 Uhr Prozeß gegen Antifa wegen gefährlicher Körperverletzung und Widerstand bei Veranstaltung der "Republikaner" vorm Reichstag, Turmstr. 91, Raum 0/101

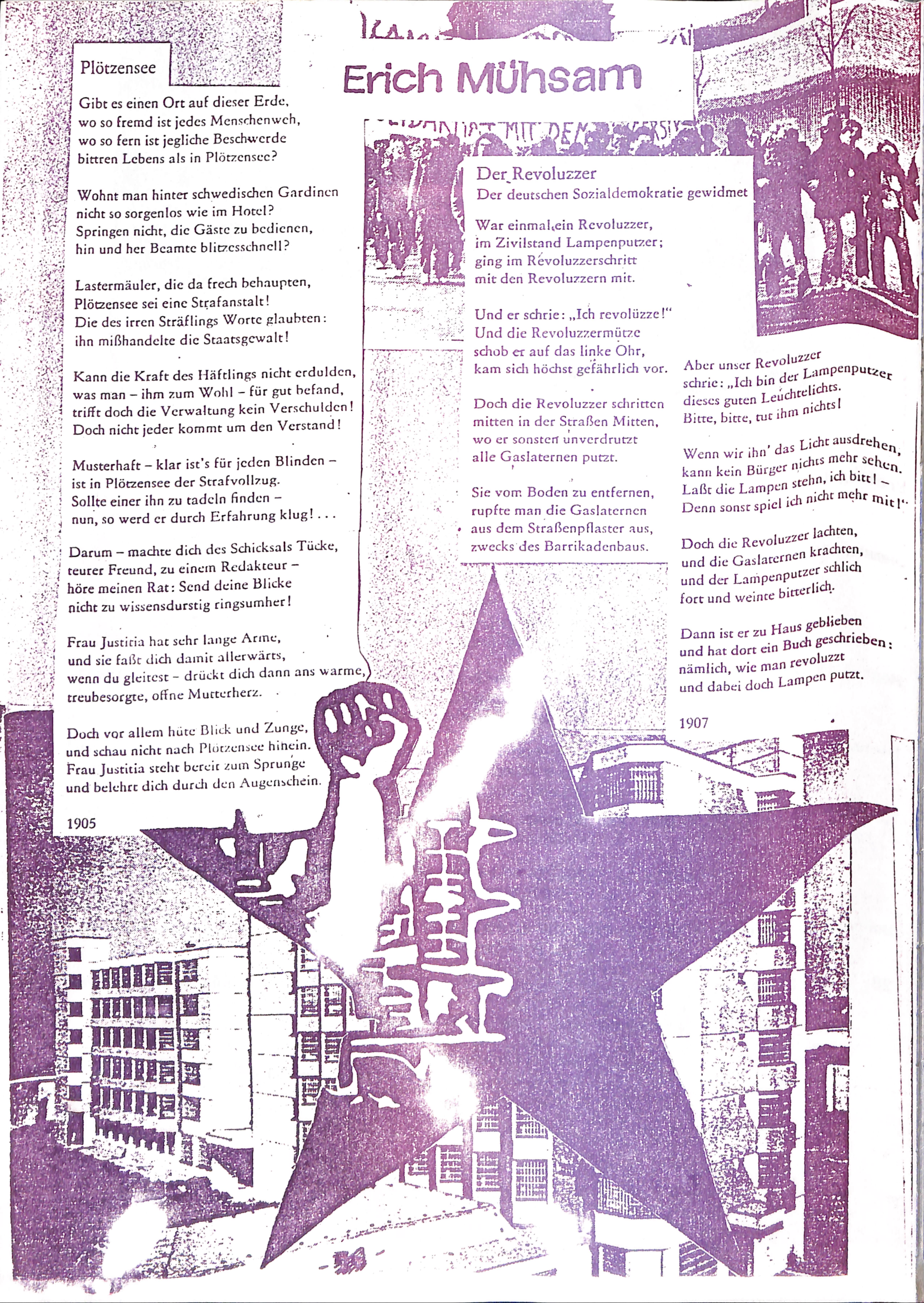
Mittwoch 19.10.88 18:30 Uhr Was Männern so gut schmeckt 2. Teil Falckensteinstraße 46 (U-Bahn Schlesisches Tor)

19:00 Uhr LA REVOLUTA Film zur Nicaragua im KOB, Potsdamerstr. 157 (U-Bahn Kurfürstenstraße)

Donnerstag 20.10.88 19:00 Uhr CADA DIA HISTORIA Film über Frauen in Nicaragua, auch im KOB, Potsdamerstr. 157

28. - 30. 10. 88. 2. Bundesweiter Kongreß Frauen Gegen Gen- Und Reproduktionstechnologie, Frankfurt/M. (Uni)

Anmeldung: Fem Frauengesundheitszentrum
Hamburger Allee 45
6000 Frankfurt/M. 90
Tel. 069/ 70 12 18 (Di. 13-16 Uhr)



Erich Mühsam

Plötzensee

Gibt es einen Ort auf dieser Erde,
wo so fremd ist jedes Menschenweh,
wo so fern ist jegliche Beschwerde
bittren Lebens als in Plötzensee?

Wohnt man hinter schwedischen Gardinen
nicht so sorgenlos wie im Hotel?
Springen nicht, die Gäste zu bedienen,
hin und her Beamte blitzesschnell?

Lastermäuler, die da frech behaupten,
Plötzensee sei eine Strafanstalt!
Die des irren Sträflings Worte glaubten:
ihn mißhandelte die Staatsgewalt!

Kann die Kraft des Häftlings nicht erdulden,
was man – ihm zum Wohl – für gut befand,
trifft doch die Verwaltung kein Verschulden!
Doch nicht jeder kommt um den Verstand!

Musterhaft – klar ist's für jeden Blinden –
ist in Plötzensee der Strafvollzug.
Sollte einer ihn zu tadeln finden –
nun, so werd er durch Erfahrung klug! . . .

Darum – machte dich des Schicksals Tücke,
teurer Freund, zu einem Redakteur –
höre meinen Rat: Send deine Blicke
nicht zu wissensdurstig ringsumher!

Frau Justitia hat sehr lange Arme,
und sie faßt dich damit allerwärts,
wenn du gleitest – drückt dich dann ans warme,
treubesorgte, offne Mutterherz.

Doch vor allem hüte Blick und Zunge,
und schau nicht nach Plötzensee hinein.
Frau Justitia steht bereit zum Sprunge
und belehrt dich durch den Augenschein.

1905

Der Revoluzzer

Der deutschen Sozialdemokratie gewidmet

War einmal ein Revoluzzer,
im Zivilstand Lampenputzer;
ging im Revoluzzerschritt
mit den Revoluzzern mit.

Und er schrie: „Ich revolüzze!"
Und die Revoluzzermütze
schob er auf das linke Ohr,
kam sich höchst gefährlich vor.

Doch die Revoluzzer schritten
mitten in der Straßen Mitten,
wo er sonsten unverdrutzt
alle Gaslaternen putzt.

Sie vom Boden zu entfernen,
rupfte man die Gaslaternen
aus dem Straßenpflaster aus,
zwecks des Barrikadenbaus.

Aber unser Revoluzzer
schrie: „Ich bin der Lampenputzer
dieses guten Leuchtelichts.
Bitte, bitte, tut ihm nichts!

Wenn wir ihn' das Licht ausdrehen,
kann kein Bürger nichts mehr sehen.
Laßt die Lampen stehn, ich bitt! –
Denn sonst spiel ich nicht mehr mit!"

Doch die Revoluzzer lachten,
und die Gaslaternen krachten,
und der Lampenputzer schlich
fort und weinte bitterlich.

Dann ist er zu Haus geblieben
und hat dort ein Buch geschrieben:
nämlich, wie man revoluzzt
und dabei doch Lampen putzt.

1907